4. JAHRGANG 1972 ERSCHEINT IN BERLIN 15.9.1972 NR. 24

SOZIALPÄDAGOGISCHE KORRESPONDENZ

DER KINDERGÄRTNERINNEN - ERZIEHER - JUGENDPFLEGER UND SOZIALARBEITER IN PRAXIS UND AUSBILDUNG

UNKOSTENBEITRAG 1.- DM

BÜRGERINITIATIVEN, GEMEINWESEN- UND STADTTEILARBEIT

KRITISCHE ANMERKUNGEN UND PRAKTISCHE BEISPIELE

In der SPK Nr. 21, Hauptthema 'Gemeinwesenarbeit', kündigten wir die Fortsetzung über deren praktische Probleme an, die sich auch mit Projekten der Stadtteilarbeit befassen soll.

Ganz allgemein gesehen, scheinen Bürgerinitiativen, Gemeinwesen- und Stadtteilarbeit verschiedene Probleme gemeinsam zu haben. Deshalb sollen den einzelnen Darstellungen einige Überlegungen vorangestellt werden.

Was sind Bürgerinitiativen?

Anlaß für Bürgerinitiativen, wie auch für Stadtteil- u. Gemeinwesenarbeit gibt die Tatsache, daß Teile der Bevölkerung ihre Interessen in den herkömmlichen Gremien und Instanzen der parlamentarischen Demokratie nicht oder nicht ausreichend vertreten sehen. Sie bedienen sich deshalb nicht institutionalisierter Formen, d.h., Protest verläuft nicht mehr auf dem "Dienstweg".

Anlaß dafür sind schlecht gebaute und zu teure Wohnungen, fehlende Kindergärten und Schulen, unzureichende und zu teure Verkehrsmittel, mangelnde Erholungsmöglichkeiten usw.

Die Initiative richtet sich aber auch gegen die katastrophalen Lernbedingungen in den Schulen, menschenunwürdige Unterbringung in Obdachlosenasylen, Nervenheilanstalten, Heimen und Gefängnissen.

Sind nun alle Protestäußerungen "von unten" zunächst einmal positiv zu bewerten?
Diese Frage kann nicht formal, sondern nur anhand der Arbeitsinhalte der Initiativen beantwortet werden.

Inhalt:

Bürgerinitiativen, Seite
GWA und Stadtteilarbeit.......... 1
Projekt Berlin-Haselhorst.........4
Stuttgart-Freiberg.......... 8
Schülerladen Berlin Werftstraße...11
München-Perlach..................13
MVZ zw.Kampfblatt u.Bürgerztg....15
Besprechung......................17
Die sogenannten Sachzwänge.......21
Aussageverweigerungsrecht........23
Heimmisere gelöst................23

us Presseveröffentlichungen kennen wir alle usammenschlüsse weißer US-Amerikaner gegen die assenintegration, wir wissen, daß sich auch in er BRD "Selbsthilfegruppen" gebildet haben, m den Bau eines Heimes für geistig behinderte inder in ihrer Wohngegend zu verhindern.

olche Vorgänge sind Symptome dafür, daß es och immer möglich ist, Bürger gegen Teile der esellschaft zu mobilisieren und damit sozio-konomisch bedingte Widersprüche auf sog. Außen-eiter zu projezieren, Aggressionen auf Schwä-here abzuleiten.
iese Art von 'Bürgerinitiativen' meinen wir an ieser Stelle nicht.

laus Offe hat Bürgerinitiativen definiert als 'alle Aktionen, die sich auf eine V e r b e s s e r u n g der d i s p a r i t ä r e n B e d ü r f n i s b e r e i c h e richten (d.h. also auf die Bereiche, in denen die Arbeitskraft und das Leben nicht durch individuelle Kaufakte, sondern kollektiv reproduziert werden muß: Wohnung, Verkehr, Erziehung, Gesundheit, Erholung usw.) und die weder bloße Formen kollektiver Selbsthilfe sind, noch sich darauf beschränken, den offiziösen Instanzenzug des politischen Systems zu mobilisieren; sie bringen vielmehr Formen der Selbstorganisation der unmittelbar Betroffenen hervor, die ebenso wie ihre Aktionsformen im System der politischen Institutionen nicht vorgesehen sind." (1)

Diese Definition scheint als Verständigungsbasis brauchbar, solange man allgemein über Bürgerinitiativen spricht.

GWA als "entschärfte" BÜRGERINITIATIVE

Auch die GWA ist eine Reaktion auf die Unfähigkeit des Staates, grundlegende Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Nach der herrschenden Theorie (s. Ross, Vogel/Oel u.a.) greift sie die sog. Mißstände auf, verfolgt dabei aber das Ziel, die Interessen der Bevölkerung mit denen der Institutionen in Übereinstimmung zu bringen, d.h. den vorhandenen Mitteln anzupassen. (2)

Zwar sind nach der GWA-Theorie auch Institutionen wandelbar, der Gemeinwesenarbeiter, von ihnen angestellt, bewegt sich jedoch notwendigerweise in einem vorgegebenen, 'legalen' Rahmen, der radikale Problemlösungen verhindern soll.

Durch die Einführung der GWA erkennt der Staat zwar faktisch an, daß grundlegende Bedürfnisse der Bevölkerung nicht befriedigt sind, die bestehende Wirtschaftsordnung, Ursache für die Disparitäten, wird jedoch infrage gestellt Der GWA ist folgerichtig wesentlich die Funktion zugedacht, Proteste von unten zu entschärfen und in 'geordnete Bahnen' zu lenken.

Probleme und Grenzen:

Auch Bürgerinitiativen werden notwendigerweise früher oder später mit der Bürokratie konfrontiert. Ihr Spielraum ist zwar größer, wenn sie sich nicht von vornherein staatlichen oder kirchlichen Organisationen anvertrauen.
Dennoch treten auch bei ihnen die Probleme auf, wie wir sie aus der GWA-Praxis kennen.
(s. S. :"Der Konflikt")

1. Bürgerinitiativen entstehen im Reproduktions- und nicht im Produktionsbereich.
   An verschiedenen, räumlich weit verteilten Arbeitsplätzen arbeitend, schließen sich die Bürger im Wohngebiet zusammen, um einzelne "Mißstände" anzugehen. Sie begreifen das "Übel" als lokal bedingt, dem mit einer kurzfristigen Initiative abgeholfen werden soll. Daß Erscheinungen wie drastische Mieterhönungen, fehlende Kindertagesstättenplätze, überfüllte Schulklassen usw. Ausfluß kapitalistischer Strukturen sind, wird ihnen nur in den wenigsten Fällen erklärt. Eine solche Politisierung ist in der herrschenden GWA-Theorie auch nicht vorgesehen.

2. Demzufolge besteht die Gefahr, daß sich die Bürgerinitiative vertrauensvoll-naiv an staatliche und kommunale Instanzen wendet, in dem Glauben, diese seien "neutral" und könnten die Interessen aller "Bürger" in gleicher Weise vertreten. Verantwortlich für einen Mißstand werden dann die Langsamkeit oder Böswilligkeit eines einzelnen Amtes, Sachbearbeiters, Lehrers oder Repräsentanten einer Wohnungsbaugesellschaft gemacht, nicht der Staat als Repräsentant einer Klasse und Ausdruck bestimmter sozioökonomischer Verhältnisse.

3. Selbst wenn man erkennt, daß ein sog. Mißstand keine Einzelerscheinung ist, bedeutet das noch längst kein gemeinsames Vorgehen dagegen im überregionalen Rahmen.
   Wer könnte ein solches gemeinsames Vorgehen organisieren?
   Die Gewerkschaften beschäftigen sich u.a. wegen ihrer berufsspezifischen Untergliederung vorerst nur mit den Problemen am Arbeitsplatz.
   Eine systematische Aufklärung über die strukturellen Ursachen der sog. Mißstände ist wie eine Koordination überregionaler Aktionen nur möglich, wenn die "Bürgerinitiative" von einer sozialistischen Organisation bzw. Partei, die die Interessen der arbeitenden Bevölke-

rung konsequent vertritt, getragen wird.

4. Wie der Name sagt, beteiligen sich an solchen "Bürgerinitiativen" meist keine homogenen Bevölkerungsgruppen, sondern Angehörige aus verschiedenen Klassen und Schichten mit durchaus unterschiedlichen Interessen.
"Wird z.B. ein innerstädtisches Baugebiet saniert, so verliert der Arbeiter hauptsächlich seine billige Wohnung, der besser verdienende Angestellte hauptsächlich die innerstädtische Lage zum Arbeitsplatz und Freizeitangebot und der Kleingewerbetreibende seine Kunschaft. Würde der Arbeiter seinen Protest mit der Forderung nach billigen Neubauwohnungen verbinden wollen, so läge dem Angestellten mehr am Standort und dem Geschäftsinhaber nur an einer Lösung, seinen unrationellen Kleinladen zu erhalten." (3)

   Die Erfahrung zeigt, daß die meist redegewandten und im Durchsetzungsvermögen trainierten Angehörigen der Mittelschicht in solchen Fällen ihre Interessen auf Kosten der anderen Beteiligten durchsetzen und so die Bürgerinitiative zu einer Mittelschichtsangelegenheit machen.

5. In einigen Fällen nehmen Bürgerinitiativen dem Staat sogar Arbeit und Kosten ab (Beispiel: Kinderläden). Sie stopfen Löcher, statt dem Übel auf den Grund zu gehen. Gleichzeitig dienen sie als "Frühwarnsystem" und nehmen bestimmte sozialpolitische Regelungen exemplarisch vorweg.
Der Staatsapparat registriert auf diese Weise sich abzeichnende Konflikte eher und kann, um drohende Entwicklungen einzudämmen, scheinbare oder teilweise Beffiedungsmaßnahmen treffen.
(Andererseits sei hier nur darauf hingewiesen, daß jedes Sozialgesetz historisch einen Kampferfolg der Arbeiterbewegung darstellt.)

Trotz der genannten Beschränkungen und Gefahren können Bürgerinitiativen für die an ihnen Beteiligten ein erster Schritt sein, indem in der Konfrontation ihr Glaube an den bürgerlich-liberalen Staat erschüttert wird.
Die Erkenntnis, daß der "soziale Rechtsstaat" unfähig ist, berechtigten Forderungen zu entsprechen, die zudem noch "sachkundig und vernünftig" vorgetragen werden, ist ein Ansatz zur Politisierung. Daß fehlgeschlagene Initiativen zu erneuter, noch tiefer gehender Resignation der Beteiligten führen können oder daß durch punktuelle Erfolge die Beteiligten in ihrem Glauben an das bürgerlich-parlamentarische System und die Ideologie des "gerechten Interessensausgleichs" bestärkt werden, läßt sich nicht ausschließen. Um diese Gefahr zu reduzieren, bedarf es einer weitergehenden, stetigen politischen Arbeit.

Bei allen Überlegungen muß man die Bürgerinitiativen im Zusammenhang der politischen Entwicklung sehen, die mit fortschreitender planloser kapitalistischer Produktion vermehrte Krisen im Produktions- und vermehrte Defizite im Reproduktionsbereich bringen wird (Planungen wie mittelfristige Finanzplanung, außenwirtschaftliche Absicherung, Eventualhaushalte usw. sind allenfalls geeignet, die extremsten Auswirkungen der Widersprüche der kapitalistischen Produktion abzuschwächen).
Diese Entwicklung birgt Chancen einer breiteren Politisierung, die die organisierte Zusammenfassung von Einzelaktionen ermöglicht und politisches Handeln wirksamer macht.

Wir gehen davon aus, daß nur eine solche "Gemeinwesenarbeit" oder "Bürgerinitiative" politische sinnvoll sein kann, die dazu dient, die Unterprivilegierten und Ausgebeuteten zur Veränderung ihrer eigenen Situation anzuleiten. Daß dabei verschiedene organisatorische Formen und politische Strategien möglich sind, leuchtet ein. In Abgrenzung gegen Specht und Alinski (s. SPK Nr. 21) sind diese an einem Konzept politischer Stadtteilarbeit zu orientieren, das die Bewußtwerdung, Organisierung und Selbsthilfe der Arbeiterklasse und anderer ausgebeuteter lohnabhängiger Schichten, die im Produktionsprozeß vorangetrieben werden muß, im regionalen und überregionalen Maßstab unterstützt.

Anmerkungen:

(1) C. Offe, Bürgerinitaitiven und Reproduktion der Arbeitskraft im Spätkapitalismus in: Bürgerinitiativen - Schritte zur Veränderung? , Fischer-Verlag Frankfurt

(2) vergl. SPK Nr. 21 Seite 6

(3) Helga Faßbinder, Bürgerinitiativen und Planungsbeteiligung im Kontext kapitalistischer Regionalpolitik, Kusbuch 27, S. 79/80

Die folgende Darstellung verschiedenster Praxisprojekte und deren Kritik beabsichtigt nicht, einzelne Initiativen und Personen vor einer begrenzten Öffentlichkeit zu "zerreißen".
Sie dient vielmehr der Vorstellung verschiedener politischer Konzepte und deren feststellba-

-en oder möglichen Konsequenzen. Dabei muß auch berücksichtigt werden, daß unsere Darstellungen sich auf Veröffentlichungen (Arbeitspapiere usw) der jeweiligen Projekte gründen und nicht ausgeschlossen werden kann, daß aus taktischen oder anderen Gesichtspunkten die tatsächliche Praxis von der Beschreibung abweicht.

Diese Vorbemerkungen schließen jedoch eine eindeutige Stellungnahme unsererseits nicht aus.

PROJEKT HASELHORST

Das "Projekt Haselhorst" des Bezirksamts Spandau muß im Zusammenhang gesehen werden mit der Modellbewegung in Berlin, die Mitte des Jahres 1966 von Kosmale, Leitender Fachbeamter des Senators für Familie, Jugend und Sport, eingeleitet wurde.1) Seinerzeit, als unter den Sozialarbeitern eine wachsende Unzufriedenheit laut wurde, hatte Kosmale den Sozialarbeitern Vorschläge entwickelt, durch die Sozialarbeit effizienter gemacht werden sollte.

Die damalige Unruhe ist inzwischen verebbt und kanalisiert in die Arbeit von Projekten. Sie bilden heute den veränderten Rahmen dafür, daß Sozialarbeiter mit verbesserten "Techniken" als bisher
- die Menschen, die bisher vom System noch nicht unterworfen worden sind, nachträglich an die von den Herrschenden gewünschte Sozialisationsform im Sinne von Leistungswettbewerb, Konkurrenzkampf und Profitstreben anzupassen
- die nach Profitorientierung geordneten Lebensbedingungen verschleiern
- die Ausfallerscheinungen der Menschen (physische und psychische Krankheiten und Deformationen), die durch die unmenschlichen Bedingungen entstehen, kompensieren und caritativ mildern (durch die "Methoden" von Casework und Social Group Work).

Schuld hieran ist nicht zuletzt die Aus- und auch die Fortbildung, die die herrschende bürgerliche Ideologie unkritisch weiter an die Sozialarbeiter vermittelt.

Das "Projekt Haselhorst" ist eins der wenigen Projekte, das innerhalb des Rahmens der Sozialbürokratie seit längerer Zeit kontinuierlich besteht und worüber jetzt eine detaillierte Arbeitsbeschreibung zur Verfügung steht. 2) Das Projekt, Facheinrichtung des Amts 3 Familienfürsorge der Abt. Jugend und Sport des Bezirksamts Spandau wurde im Juni 1966 von einer Sozialarbeiterin initiiert. Die Adressatengruppe sind die 1400 Bewohner (Erwachsene, Kinder, Jugendliche) einer örtlich begrenzten KLeinraumsiedlung, besser gesagt einer feineren Obdachlosensiedlung, "für unverschuldet wohnungslos Gewordene". 3) Drei Sozialarbeiter der Behörde und 10 außerinstitutionelle Mitarbeiter, die mit Gruppen aus der Bevölkerung Social Group Work betreiben, tragen das Projekt.

Der Arbeitsansatz war zu Beginn, die bisherige nur reagierende Arbeit der Familienfürsorge (Feuerwehrfunktion der Maßnahmenfürsorge z.B. nach § 1666 BGB) zu ersetzen mit einer prophylaktischen Arbeit. Heute will man den Bewohnern helfen:
- "ihre eigenen Bedürfnisse zu erkennen und deren Befriedigung rechtzeitig und in geeigneter Weise durchzusetzen;
- sie zu befähigen, Konflikte innerhalb der Familie und zwischen Familie und Umwelt selbst aktiv zu lösen und damit
- allmählich in zunehmendem Maße von der Hilfe der Sozialarbeiter unabhängig zu werden.

Damit wurde nicht nur ein Beitrag zur Kompensation von Sozialisationsdefiziten, sondern gleichzeitig auch zur politischen Erziehung der "Klienten" und auch des Gemeinwesens, also "emanzipatorische Sozialarbeit" geleistet."4)

Diese Ziele sollen erreicht werden über die integrierten Methoden, Einzel-, Gruppen- und Gemeinwesenarbeit.

Die Gemeinwesenarbeit war von vornherein mit eingeplant. Wann und in welcher Form mit ihr begonnen werden sollte, stand am Anfang noch nicht fest.

Die Gemeinwesenarbeit wird heute technokratisch verstanden als
- "Intergruppenarbeit", d. h. die Zusammenarbeit der engeren Mitarbeiter (der 3 Sozialarbeiter und der 10 Mitarbeiter) mit dem Ziel des festen Zusammenhalts der Gruppe und der Koordination
- die "Intergruppenarbeit" der im weiteren Rahmen zuständigen Amtspersonen (Säuglingsfürsorge, Sozialamt, Grundstücksamt etc.) mit dem Ziel der Kooperation und der Stützung des Projekts, was über eine regelmäßige gemeinsame Information an alle Beamten erreicht werden soll
- die Arbeit mit den Betroffenen mit dem Ziel in erster Linie den zwischenmenschlichen Bezug zu verbessern und in zweiter Linie die Lebensbedingungen
- die Arbeit mit der Öffentlichkeit (Informationen an Presse, nahe Betriebe, Sozialarbeiterschaft) mit dem Ziel der Sicherung und Unterstützung der Projektarbeit.

Inhaltlich werden die generellen Ziele der Arbeit und die spezifizierten Ziele der Gemeinwesenarbeit nicht bestimmt. Ob dies aus taktischen Gründen geschieht, diese Frage läßt sich nicht beantworten. An der Arbeitsbeschreibung des Projekts lassen sich allerdings die In-

halte ablesen: die Ziele werden systemimmanent interpretiert und so ist es kein Wunder, daß sie scheinbar wertfrei ohne eine weitere Erklärung der dahinter liegenden Interessen dargestellt werden.

Gefahrlose Emanzipation

In der Darstellung des Projekts wird Gemeinwesenarbeit durch das generelle Ziel der Emanzipatorischen Sozialarbeit bestimt. Geht man vom eigentlichen Wortsinn aus, so strebt Emanzipation eine mündige Gleichberechtigung vom Minderberechtigten an, d. h. eine Veränderung derjenigen Umstände wird angestrebt, die bestimmte Menschen in ihren Rechten in Bezug auf ihre freie psycho-soziale Entwicklung und Entfaltung und in ihren Rechten auf unabhängige Selbstbestimmung und eigenständige gesellschaftliche Entscheidungen mehr einschränken als andere Menschen. So verstanden ist eine auf Emanzipation gerichtete Arbeit eine die Interessen der Benachteiligten vertretende und für sie parteiergreifende Arbeit.

Die gesellschaftlichen Bedingungen, durch die Klienten zu Klienten werden, sind Teile der Ordnung des profitorientierten Systems der BRD. Infolgedessen hat eine emanzipatorische Sozialarbeit diese politische Ordnung, die nur bestimmte Mitglieder der Gesellschaft zu Klienten macht, zu verändern im Interesse dieser Klienten und erweist sich damit als eine parteiergreifende und politische Arbeit.

Mit einem so verstandenen Emanzipationsbegriff im Rahmen der Sozialarbeit scheint das Projekt aber nicht zu arbeiten. Nur am Rande sei bemerkt, daß z. B. jeglicher Hinweis auf die Tatsache fehlt, daß eine mit aller Konsequenz verfolgte emanzipatorische Sozialarbeit innerhalb der Abhängigkeiten von behördlichen Trägern, hier Bezirksamt, gar nicht leistbar ist. Ein Sozialarbeiter einer Behörde kann bestenfalls eine emanzipative Wirkung in einer einen generellen Prozeß der Emanzipation unterstützenden Weise haben, z. B. in Form einer Aufklärungsfunktion.

Konkreter wird der Inhalt des vom Projekt benutzten Emanzipationsbegriffs, wenn man ihn gegenüberstellt der folgenschweren Warnung, daß Gemeinwesenarbeit zwar auch einen politischen Aspekt hat, aber nicht "möglicherweise als "politisch-gefährlich" mißverstanden werden" sollte 4)x Das deutet darauf hin, daß eine politische Erziehung ohne Gefahr für das System erfolgen soll.

Die vorhandene gesellschaftliche Ordnung ist aber vor-herrschend, d. h. es herrscht über andere theoretisch mögliche Systeme. Aus diesem Grunde wird der politische Aspekt von Gemeinwesenarbeit, wenn er im Rahmen einer Emanzipation stehen soll und deshalb immer eine Veränderung anstrebt, bei den Vertretern des Systems zwangsläufig auf Widerstand stoßen: Die Herrschenden und ihre Handlanger werden, sonst wären sie keine Herrscher und Handlanger, das System, den Boden des Herrschertums verteidigen. Eine politisch-emanzipatorische Arbeit beinhaltet immer einen Angriff auf die Ungerechtigkeiten des Systems und stellt deshalb immer auch einen Angriff auf die politische Herrschaft der Herrschenden, die andere beherrschen, dar. Politisch-emanzipatorische Gemeinwesenarbeit ist also generell eine Gefahr für das politische System.

Im Zusammenhang mit der eben beschriebenen Warnung der Sozialarbeiter entpuppen sich die Emanzipation verheißenden Zielvorstellungen als ein Täuschungsmanöver: Wenn sie keine Veränderung des Systems anstreben, unterstützen sie es. Es ist zu vermuten, daß die Sozialarbeiter den verkappten Anpassungszielen nicht nur gar nicht auf die Spur gekommen sind, sondern sogar dem progressiven Schein selbst erlegen sind, und zwar in der Weise, daß sie womöglich neue Verhaltensweisen der Klienten, die sich an bürgerlichen Normen orientieren, bereits als Emanzipation deuten oder eine tatsächliche Emanzipation der Klienten auf die Arbeitsmethoden der Sozialarbeit zurückführen.

Aktivität um jeden Preis

Die von den Sozialarbeitern beschriebene Praxis der Projektarbeit enthüllt noch deutlicher den Schein des Emanzipationsgedanken und bestätigt damit unsere bisherige Kritik an den theoretischen Zielen.

Die direkte Aktivierung der Bewohner wurde begonnen, nachdem sie sich befriedigt in ihren persönlichen Bedürfnissen, z.B. nach Gruppenzugehörigkeit und Geselligkeit zeigten und aufgeschlossen für allgemeine Probleme und soziale Fragen wurden. Die Sozialarbeiter initiierten daraufhin einen Wettbewerb mit dem Appell an den Ordnungs- und Schönheitssinn der Bewohner: Machen Sie mehr aus Ihrer Siedlung.

Der Wettbewerb hatte vollen Erfolg mit 60 % Beteiligung. Und - die Bewohner reagierten mit der Verschönerung des Vorgartens und schlossen sich zusammen, um Säuberungsaktionen durchzuführen. (Wie man gehört hat, zeigen die Bemühungen der Sozialarbeiter erste Erfolge. Während vor einigen Jahren die Sozialarbeiter noch mit den Klienten der Wohnungen säuberten, legen sie jetzt schon alleine Hand an).

Die Reaktion der Bewohner zeigt, daß sie im Ansatz die bürgerliche Ideologie von Sauberkeit und Ordnung bereits verinnerlicht haben und sie bei einem Appell sofort in dieser Richtung reagieren. Eine Diskussion über diese Form der Reaktion der Bewohner wurde von den Sozialarbeitern offensichtlich nicht in Gang gesetzt. Deshalb kann das Motto wohl nicht Mittel zum Zweck einer emanzipatorischen Aktivierung gewesen sein. Die Sozialarbeiter versuchten hier, eine Aktivität der Bewohner um jeden Preis zu erreichen. Das Ergebnis ist eine Anpassung der Bewohner an die eigene bürgerliche Bewußtseinslage der Sozialarbeiter, aus der das Motto entsprungen ist.

Der Wettbewerb erweiterte die Zahl der erwachsenen Gruppenmitglieder und zog die Gründung einer Gruppe von Jugendlichen nach sich.

Nach diesen Erfolgen wagten die Sozialarbeiter einen weiteren Schritt. Es sollten jetzt gesellschaftliche Probleme gelöst werden, und zwar sollten die gegenseitigen Vorurteile der Bewohner der Siedlung und der Bewohner der angrenzenden Häuser abgebaut werden. Man beschloß, dies durch das Medium einer Zeitung der Siedlung zu erreichen. (Warum eine Zeitung nicht von den anliegenden Bewohnern gemacht werden sollte, wird nicht gesagt.)

Da die bisherige Gruppenarbeit der Eltern nur pauschal beschrieben wurde, kann nicht beurteilt werden, ob nicht schon dort ein emanzipatorischer Ansatz möglich gewesen wäre. Gestützt auf die allgemeine Aufgeschlossenheit, das wachsende Problembewußtsein und den Erfolg des Wettbewerbs hätte eine aufklärende emanzipatorische Arbeit spätestens bei der Gründung der Siedlungszeitung ansetzen können. Sieht man sich heute nach 1 1/2 Jahren seit der Gründung den Inhalt der Zeitung an, entpuppt sie sich allerdings als ein Organ zur Stützung und Aufrechterhaltung der bürgerlichen Verhaltensnormen. Es gibt in der Zeitung als Konsumfutter lediglich Informationen über einen Spielplatzbau, die Aufgaben einer Sozialberatungsstelle, Fragen-Fragen-Fragen und Ratschläge über Ratschläge.

Das geht so weit, daß Jugendliche in einer Art Abenteuer- Story über "Jugendkriminalität berichten und dabei ihre eigene Tendenz zu - nach bürgerlichen Maßstäben - kriminellem Verhalten ausleben und legal "frei erfundene Täter" diskriminieren dürfen: Im Sinne von Schwarz-Weiß Malerei prangern zwei artige Buben einen bösen Buben an, der ohne Führerschein Auto fährt.4xx) Die Autoren dieser Story werden durch das Mittel der eigenen Erzählung den Anforderungen des Systems unterworfen und die Ökonomie ihrer Psyche wird für das System brauchbar gemacht. Die eigenen Wünsche, auch schon mal ein Auto fahren zu dürfen, werden mittels der Erzählung über die Mechanismen der Verdrängung und Projektion ersatzweise befriedigt. Normen des Mittelstandes - Auto fahren ohne Führerschein ist verboten- werden ohne eine große Anstrengung auf die Jugendlichen einer an der Nahtstelle der Gesellschaft stehenden Siedlung übertragen. Der Sozialarbeiter übt indirekt eine Kontrollfunktion der Polizei aus. Die Ideologie der guten (angepaßten, gesetzestreuen) Bürger und der schlechten (gegen Normen verstoßende) Bürger, die Klasseneinteilung, wird hier eingeübt. Die Ursache des Normenverstoßes wird individuell gesehen und als individuelle Schuld angelastet.

Aufgabe einer emanzipatorischen Sozialarbeit wäre hier gewesen, die Ursachen von Jugendkriminalität mit den Jugendlichen zu diskutieren und den Zusammenhang zur gesellschaftlichen Realität, z. B. über die Selektionsmechanismen, herzustellen. Die Jugendlichen hätten daran ihre eigenen von der Norm abweichenden Wünsche und die damit verbundenen Herrschaftsansprüche des Systems erfahren können und sie hätten daran in einer emanzipatorischen Weise lernen können, sich nicht weiterhin von ihren Wünschen, die sie mit ihren Folgen in der weiteren Entwicklung hemmen, unterdrücken zu lassen. Vielmehr hätten sie einen selbständigen Umgang mit ihnen eingeübt.

Die Beschreibung der Gruppenarbeit zeigt, daß die Sozialarbeiter danach strebten, daß die Jugendlichen wieder kontinuierlich arbeiten und sich gegenseitig stützen sollten, "in der Absicht, keine "krummen Sachen" zu machen". 5) Nach den bisher deutlich gewordenen systemimmanenten Zielvorstellungen der Sozialarbeiter kann man unterstellen, daß auch diese Ziele bei der konkreten Arbeit mit den Jugendlichen systemimmanent verstanden werden. Ungewollt erzielt das Projekt aber an dieser Stelle emanzipatorische Nebeneffekte.

Da die in der Gesellschaft benachteiligten Jungarbeiter eine gewisse finanzielle Sicherheit erst einmal haben müssen, um sich auf einigen Gebieten als selbständig erleben zu können, bedeutet eine kontinuierliche Arbeit eine Emanzipationshilfe. Gleichzeitig verhilft die Teilnahme am Produktionsprozeß zur Entwicklung des für einen Kampf gegen die Ungerechtigkeiten des Systems erforderlichen Klassenbewußtseins und kann außerdem als wirkungsvolles Mittel im gemeinsamen Kampf der beherrschten Arbeiterschaft gegen die Vorherrschaft des Kapitals benutzt werden. Die gegenseitige Unterstützung, keine krummen Sachen zu machen, ist eine Einübung in solidarisches Verhalten, das die Voraussetzung für einen gemeinsamen Kampf darstellt.

Selbsthilfe ist Trumpf

Eine weitere Stufe in der Arbeit des Projekts stellt die Eröffnung einer Sozialberatungsstelle in der Siedlung dar. Sie war von den Sozialarbeitern von der Bürokratie beantragt worden. Die Bewohner betrachteten die Beratungsstelle als "ihre" Gruppenräume und damit wuchs die Gruppenarbeit und auch die Tatkraft, Probleme anzugehen. Die Bewohner nennen die Beratungsstelle "Mecker nich", da dies allein ihrer Ansicht nach nicht genügt, um Probleme schon zu lösen. Diese günstige Situation, in der die Bewohner beginnen, sich als behandeltes Objekt zu erfahren und konsequent ein selbständiges handlungsfähiges Subjekt sein wollen, wird von den Sozialarbeitern nicht für eine emanzipatorische Arbeit genutzt, sondern ideologisch umgemünzt, indem der Spruch "Selbsthilfe ist Trumpf" von ihnen munter aufgegriffen, unterstützt und verbreitet wird. Die Sozialarbeiter scheinen die durch das Profitinteresse vorgegebenen Grenzen und die dementsprechende Ohnmacht einer individuellen Selbsthilfe nicht zu kennen.

In der folgenden Zeit zeigt sich die Tatkraft der Bewohner in mehreren Aktionen. Der inzwischen gegründete Sozialausschuß wandte sich an die zuständigen Behörden, um eine Geschwindigkeitsbegrenzung für die Straße zur Siedlung wegen der häufigen Unfälle zu erreichen. Ergebnis: ein Warnschild "Spielende Kinder" wird aufgestellt.

Weiter bat der Sozialausschuß um die Behebung baulicher Mängel in der Siedlung und machte Vorschläge, wie die Siedlungsbevölkerung durch andere angrenzende Mieter aufgelockert werden könnte. Ergebnis: eine Diskussion mit dem zuständigen Beamten.

Die Wohnungsprobleme wurden dann zum späteren Zeitpunkt den Bezirkspolitikern durch die Bewohner vorgestellt. Diese übten sich wochenlang mit Hilfe von Tonbändern auf den Vortrag des Problemkatalogs. Ergebnis: Von Nov. 71 bis heute ist nichts von den Ergebnissen der damals eingesetzten Arbeitsgruppen bekannt geworden.

Auch diese Aktivitäten deuten auf die bürgerlich-liberale Bewußtseinslage der Sozialarbeiter hin, die "Auf dem liberalen Vertrauen darauf (basiert), daß der Staat bzw. die kommunale Verwaltung, wenn ihnen der Wille und die Bedürfnisse der Bürger nur mit hinreichendem Nachdruck präsentiert werden, sich beeilen werden, ihnen stattzugeben" 6). Die politische Erziehung wird durch solche Aktivitäten zur Politik im Hinterhof. Diese Art, auftauchende Probleme zu lösen, dient gleichzeitig dem herrschenden System in der Weise, daß mögliche Konfliktherde vorzeitig als "Frühwarnsystem" dem Staat bekanntwerden und rechtzeitig ausgeschaltet werden können, und sei es durch das Ablassen von Luft bei Podiumsdiskussionen.

Wenn ein Teil der Bewohner sich bessere Lebenstechniken aneignet als andere, z. B. durch das Erlernen von gewandterem Sprechen, so bedeutet dies auch die Gefahr, daß die Siedlungsbevölkerung erneut gespalten wird. Als erste Voraussetzung einer allgemein gesellschaftlichen Emanzipation der Benachteiligten, müssen Sozialarbeiter aber versuchen, eine gemeinsame Basis der Klienten zu erreichen und als Fernziel versuchen, eine gemeinsame Basis der Klienten und der übrigen benachteiligten Bevölkerung herzustellen.

Bis heute ist eine politische Aktivität von Erfolg gekrönt worden: Der Bau eines Spielplatzes. Die Elterngruppe Spielplatz begann mit dem Selbsthilfe-Motto und bat 55 Firmen um Spenden, 5 antworteten positiv. Weiter machten sich die Eltern auf eigene Faust sachkundig über die Gestaltung eines Spielplatzes, indem andere Spielplätze angesehen, Prospekte gelesen und Kosten errechnet wurden. Die Sozialarbeiter baten bei den Behörden um ein Gelände und finanzielle Unterstützung. Heute ist durch die finanzielle Hilfe von Bezirksamt, Senat und der Organisation Unihelp die Herrichtung eines Geländes in vollem Gange. Jugendliche, Eltern, Kinder, Sozialarbeiter und britische Soldaten haben den Sand bereits aufgeschüttet.

Als Lehr-Beispiel für die kritische Aneigung von gesellschaftlicher Realität hätte auch diese Aktivität gelten können. So ist es nur ein Beispiel dafür, wie einfach die herrschende Ideologie von der Hilfe zur Selbsthilfe unkritisch übernommen wurde und wie die Ungerechtigkeiten des Systems bedeutend wirkungsvoller verschleiert werden können.

Spielplätze werden im Rahmen eines Reformprogramms längst hinter verschlossenen Türen geplant. Angesichts dieser Tatsache muß die Aktivität der Bewohner als willkommene Unterstützung eines Reformprogramms angesehen werden. Probleme, die bei der Ausführung eines Programms entstehen könnten, werden auf billige Weise auf die Bewohner abgewälzt. Nicht umsonst konnte der Stadtrat zum Bau lediglich äußern, daß das größte Problem der fehlende Sand ist. 7)

Da der Staat den Plan, Spielplätze zu errichten schon lange vor den Bewohnern, hatte, können diese sich den Erfolg ihrer Bemühungen auch

nicht selbst zuschreiben. Hier wird den Siedlungsbewohnern vorgegaukelt, daß sie über die Veränderung der Lebensbedingungen frei und eigenständig entscheiden können.

SYSTEMKURIEREREI

Die in diesem Projekt angestrebte Emanzipation und politische Erziehung orientiert sich, wie besonders die Aktivitäten der Gemeinwesenarbeit zeigen, an den bürgerlichen Erziehungsidealen und Normenvorstellungen. Es werden lediglich die vom System gewünschten Verhaltensweisen auf die Bewohner übertragen, die das System bisher noch nicht erfaßt hat. Sie werden von den Sozialarbeitern nachträglich an die von den Herrschenden bevorzugte Sozialisationsform angepaßt, nicht zuletzt aufgrund der eigenen bürgerlichen Auffassungen der Sozialarbeiter. Die politische Erziehung bleibt in den Kinderschuhen der ungefährlichen, die jetzigen Ungerechtigkeiten des Systems stabilisierenden, und formal-demokratischen Betätigung stecken.

Das Projekt schmückt seine Ziele lediglich mit emanzipatorischen Begriffen, tatsächlich hilft die Sozialarbeit des Projekts jetzt nicht mehr, nachträglich als Feuerwehr die Lücken des Systems zu schließen, damit es funktionsfähig bleiben kann, sondern sie beugt diesen Lücken schon prophylaktisch vor. Sie verschleiert dadurch stärker als vorher die Störungen im System und damit die eigentliche Ursache der Konflikte: die Unmenschlichkeit des Systems. Trotzdem kann sie dabei ungewollt emanzipatorische Nebeneffekte hervorrufen.

Der Anspruch der emanzipatorischen Sozialarbeit kann von behördlich angestellten Sozialarbeitern in Form einer Hilfsfunktion geleistet werden, wenn

- die Sozialarbeiter ihre eigene Emanzipation als Voraussetzung anstreben
- sie die gesellschaftlichen Zusammenhänge, die unsere Umwelt und dadurch die Menschen bevorteilen und benachteilen erkennen
- sie den Klienten mit der, staatlich genehmigten,"persönlichen und materiellen Hilfe"auch die Informationen über die Ursache ihrer"Hilfsbedürftigkeit" vermitteln.

Fußnoten

1) vgl. SPK Nr. 12/13 von 1970 oder demnächst neu überarbeitet in der neuen Schriftenreihe über Sozialarbeit des Luchterhand-Verlags
2) s. "Projekt Haselhorst" in Neuer Rundbrief Nr. 2. /1972, Herausgeber Sen. f. Familie, Jugend und Sport, Berlin, Am Karlsbad
3) a. a.O S. 2
4) a. a. O. S. 2
4 x) a. a. O. S. 21
4 xx) a. a. O. "Haselb latt" 8. und 9. Ausgabe 1972
5) a. a. O. S. 16
6) Klaus Offe S. 160 in Bürgerinitiativen, Schritte zur Veränderung?, Fischer-Taschenb. 1971
7) "Probleme nur mit dem Sand" Berliner Tagesspiegel v. 6. 6. 1972

Stuttgart - Freiberg

1) "Methodischer" Ansatz und Darstellung der Ausgangsbedingungen

Die GWA in dem Neubaugebiet Stuttgart - Freiberg war an dem konservativ - sozialtechnologischen Konzept der Verbesserung der Kooperation verschiedener Institutionen und Organisationen orientiert[1]. Es ist aufschlußreich für den praktizierten "methodischen" Ansatz, was als Konfliktursache bezeichnet wird:

> "Ein gesellschaftlicher Prozeß mit Konfliktstoffen und Reibungsflächen ist zweifellos auch das Entstehen eines neuen Wohngebiets, besonders wenn dieses, wie der Stadtteil Stuttgart - Freiberg, gleichsam über Nacht aus dem Boden gestampft wird... Es wäre jedoch zu einfach, die Schwierigkeiten des Sich-Einlebens mit dem Fehlen der notwendigen Einrichtungen allein erklären zu wollen. Die Herauslösung aus der gewohnten Umgebung bringt für die Bewohner eines neuen und noch unfertigen Wohngebiets auch viele menschliche Probleme mit sich. Alte Beziehungen zu Nachbarn und Bekannten sind abgerissen, und neue lassen sich nicht so schnell wieder anknüpfen. Vor allem den nicht berufstätigen Frauen fehlt der Anschluß, ein Einkaufsbummel, ein wenig Betriebsamkeit" (s. Anm. 1, S. 168)

Hauptaufgabe der GWA soll also sein, ein bißchen "Betriebsamkeit" und "Anschluß" durch die vorhandenen Vereine, Organisationen usw. zu schaffen...? Tatsächlich bringt die Verfasserin des Berichts nichts, was über solche, die realen Konflikte verschleiernden Harmonisierungstechniken hinausgeht. Sie wird sogar noch deutlicher:

> Grundgedanke der GWA sei "die Mitarbeit und Mitverantwortung der Bevölkerung an der Gestaltung ihrer sozialen Umwelt... Hinter diesen Bestrebungen steht das Interesse an einem möglichst konflikt- und reibungslosen Ablauf gesellschaftlicher Prozesse und der Wunsch, die Ausformung und Festigung der demokratischen Haltung der Bevölkerung zu unterstützen" (Hervorh. von SPK; S. 168)

Das Demokratiegerede als ideologisches Packpapier für die Konfliktvermeidungsstrategie wird in dem Bericht noch selbst denunziert: Die in einem demokratischen Verständnis von GWA angelegte Möglichkeit zur Anregung der Betroffenen, Selbsthilfemaßnahmen unabhängig von etablierten Hilfsverbänden oder auch gegen den Willen der Behörden

zu ergreifen, wird in dem Artikel mit dem Hinweis auf die für die BRD spezifische "Verplanung des öffentlichen Lebens", die starke Stellung der Exekutive und die mangelnde "demokratische Tradition" abgelehnt:

Es "wird sich der Akzent bei uns von der Aktion zwangsläufig auf die Koordination und Kooperation sowie die Information (als Handlungsformen der Gemeinwesenarbeit; SPK) verschieben. Statt für die Mitarbeit der Bürger neben den Kirchen, Verbänden der freien Wohlfahrtspflege, Jugendhaus, Mütterschule und dergleichen neue Organisationen zu schaffen, geht es darum, die Bürger über diese gewachsenen Institutionen in die Gesamtverantwortung hereinzunehmen". (S. 169)

"Besonders charakteristisch für die Gemeinwesenarbeit auf dem Freiberg ist die Koordination und Kooperation aller gesellschaftlichen Kräfte aus dem öffentlichen und freien Raum und ihre Verschmelzung zu einem gemeinsamen Aktionsprogramm". (S. 169)

Entsprechend diesem organisationstechnologischen Ansatz verzichtet die Verfasserin, die Darstellung der Ausgangsbedingungen für die GWA zum Anlaß einer Analyse der realen "Konflikt" - Ursachen, denen mit etwas "Kooperation" und "Betriebssamkeit" nicht beizukommen ist, zu nehmen. Da heißt es, daß ein Neubauviertel "über Nacht aus dem Boden gestampft" wird, ohne nach Sinn und Funktion solcher Bevölkerungsumsetzungen innerhalb kürzester Zeit wenigstens zu fragen (zu Beginn der GWA im Herbst 1966: 3000 Bewohner; Anfang 1968: 5000; beim geplanten Endausbau 1969/1970 voraussichtlich 10 000 (Berichtszeit: Anfang 1968)). Da wird erwähnt, daß der Freiberg zu Beginn der GWA eine "große Baustelle", ohne Straßenbeleuchtung, Kindergärten, Freizeiteinrichtungen usw. gewesen sei, ohne zu problematisieren, weshalb große Menschenmassen - z. B. aus"Kostengründen" - schon in Wohnsilos untergebracht werden, bevor elementare Voraussetzungen des Wohnens erfüllt sind. Die hohen Mieten, die große Kinderzahl, die Vollzeitbeschäftigung der Mütter kinderreicher Familien bei fehlenden Einrichtungen für die Kinder etc. werden als "soziale Probleme" nacheinander aufgezählt, ohne Zusammenhängen und Ursachen nachzugehen.

2) "Information, Koordination, Kooperation"

Die folgende Aufzählung der durch den Gemeinwesenarbeiter initiierten oder "koordinierten" Organisationen in Stuttgart-Freiberg soll ein Bild davon vermitteln, wie die Interessen der Bevölkerung vorgeblich repräsentiert und tatsächlich durch spezifische Organisationsinteressen ersetzt werden. Gleichzeitig illustriert sie die reaktionäre Funktion dieser Art von GWA, die durch Vorbeugemaßnahmen "von oben" die Interessen der Bevölkerung an der Artikulation hindert und Scheinangebote zu ihrer Befriedigung macht.

"Koordinations - Mittelpunkt" sollte der "Arbeitskreis Freiberg"sein, ein wöchentliches Treffen der auf dem Freiberg fürsorgerisch Tätigen mit verschiedenen Verwaltungsleuten der Stadt.
Mitglieder: ein städtischer Sozialarbeiter, ein ev. Jugendfürsorger, ein ev. und ein kath. Pfarrer, ein Bezirksvorsteher, ein Baurat (technischer Koordinator für das Wohngebiet).

Dieser Arbeitskreis wurde um einen "Fachausschuß" erweitert mit monatlichen Sitzungen. Mitglieder: ein Stadtdirektor (Sozialreferent des Bürgermeisteramts), verschiedene Vertreter der Verbände der freien Wohlfahrtspflege, verschiedene "Fachleute" aus Ämtern der Sozialbürokratie entsprechend der jeweils anstehenden Problemativ (z.B. Sozial-/Jugendhilfe, Kulturelles, Verkehr), zwei Bezirksfürsorger (Sozialamt), ein Fürsorger (Gesundheitsamt).

Zynisch - oder naiv - heißt es weiter: "Wichtig war uns von Anfang an, auch Vertreter der Bevölkerung in diese Koordination und Kooperation mit hereinzunehmen" (S. 170): der damit gemeinte "erweiterte Arbeitskreis Freiberg" hat folgende Mitglieder:
Die ständigen Mitglieder des "Arbeitskreis Freiberg", Vertreter des Bezirksbeirats, der Kirchengemeinde, der Schule, des Elternbeirats, des ev. Kindergartens, des "Verein Stuttgarter Jugendhaus e.V.", des Clubs der ev. Jugendhilfe, des "Deutschen Familienverbands", des Sport- und Kulturvereins, des Touristenvereins "Die Naturfreunde", der "Interessengemeinschaft Freiberg Süd"; ferner ein Arzt und eine Krankengymnastin.

Dieser"erweiterte Arbeitskreis" würde, so heißt es in dem Bericht, "in gewisser Weise die Bewohner des Stadtteils Freiberg repräsentie(ren)", die "Kontakte zwischen Arbeitskreis und Bevölkerung" verstärken, "die verschiedenen Vereine und Gruppen in Kontakt miteinander" bringen und ihre Arbeit aufeinander abstimmen (S. 170).

Damit "die Bevölkerung unmittelbar zu Wort kommen und ihre Sorgen und Wünsche loswerden" kann (S. 170) gab es "Ausspracheabende" zwischen Bürgern und Stadtverwaltung....! Da heißt es sogar noch lobheischend, daß es seit Beginn der GWA bis zur Berichterstattung, d.i. in 1 1/2 Jahren, "bereits drei" Abende (!) unter der Teilnahme des Herrn Stadtdirektors und des Herrn Polizeipräsidenten sowie von Vertretern verschiedener Ämter gegeben habe (S. 170)...!
Schließlich gab es den "Freiberg-Brief" zur "Information der Bevölkerung" über die vorhandenen und geplanten Einrichtungen auf dem Freiberg, über Maßnahmen der Stadtverwaltung u.ä., der vom "Arbeitskreis Freiberg" herausgegeben und an alle Haushalte verteilt wurde. Eine zentrale Anschlagtafel diente den vorhandenen Vereinen für Mitteilungen. Bei bestimmten Veranstaltungen und Ereignissen wurde die Bevölkerung des Freiberg auch über die Tagespresse unterrichtet.

3) Ergebnisse

Die Arbeit in den verschiedenen Organisationen diente - so der Bericht - vor allem "der Ermittlung der noch unbefriedigten sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Bedürfnisse" (S. 171) und der Diskussion der Voraussetzungen zur Schaffung entsprechender Einrichtungen. Die vorhandenen Organisationen hätten einerseits die Bedürfnisse der Bevölkerung kennenlernen können, diese wiederum die Schwierigkeiten der Organisationen, bestimmte Projekte zu verwirklichen...
Die Konfliktkanalisierungs - Funktion der GWA

auf dem Freiberg wird dann folgendermaßen dokumentiert: Wo ein offenkundiger Bedarf bestand, der noch nicht mit den vorhandenen Mitteln hätte befriedigt werden können, sei es "Aufgabe des Arbeitskreises (gewesen), in der Bevölkerung die Gründe darzulegen, warum eine Einrichtung noch nicht geschaffen werden konnte oder sich in der Ausführung verzögert hat" (S. 171).
Jede Organisation sei durch die verschiedenen Gremien angeregt worden, ihre Möglichkeiten voll auszuschöpfen:

> Als Erfolg gilt dann, wenn die Ev. Gemeinde ihre Montagekirche oder das Schulverwaltungsamt die Räume der einzigen vorhandenen Schule für Veranstaltungen zur Verfügung stellt (wodurch ein "vielgestaltiges Gemeinschaftsleben" auch ohne Veranstaltungshaus ermöglicht worden sei, wenn der ev. Kindergarten auch Kindern anderer Konfessionen offensteht, wenn die Stadtbücherei eine Zweigstelle einrichtet, die Arbeiterwohlfahrt eine Nähstube, wenn der "Verein Mütterschule" Kochkurse veranstaltet, wenn die bescheunigte Errichtung der im "Bebauungsplan" vorgesehenen 2. Grundschule, des Geschäftszentrums, der Spielplätze und Sportanlagen durch die Verwaltung <u>zugesagt</u> wird usw. usf.

Unter "Entwicklung von Initiative und Gemeinschaftsaktionen der Bevölkerung zur Gründung sozialer und kultureller Einrichtungen" (S. 172) werden aufgezählt:

> Aktivierung zu ehrenamtlicher Mitarbeit bei Verbänden der freien Wohlfahrtspflege; Elternselbsthilfe bei der Schulaufgabenbetreuung; Müttergruppen; Gründung eines "Sport- und Kulturvereins" usw.

Die Handlungsspielräume von Bürgern und Verbänden seien klar gegeneinander abzugrenzen, was die GWA bei ihrer Initiierungsfunktion zu berücksichtigen habe:

> "Während sich die bürgerschaftliche Aktivität der Bevölkerung auf sozialem Gebiet mehr oder weniger innerhalb der Verbände der freien Wohlfahrtspflege und ähnlichen Institutionen abspielen wird und soll, bleibt im kulturellen Sektor wesentlich mehr Raum für bürgerschaftliche Aktionen" (S. 173).

Die Freiberger GWA war nicht nur durch ein solches Abdrängen "bürgerschaftlicher Aktionen" auf den sog. "kulturellen Sektor" reaktionär, sondern darüberhinaus noch konzeptionslos: Als "persönliche Aufgaben" waren dem Gemeinwesenarbeiter noch die Durchführung von Sprechstunden ("Lebensberatung"), die "Hilfe in technischen Fragen (wie Zimmervermittlung, Babysittervermittlung, Fomularausgabe u.ä.), die Ausgabe von Leihbüchern der Stadtbibliothek bzw. die Betreuung der Zweigstelle während der Sprechstunde, und schließlich die Durchführung von sozialer Gruppenarbeit für Alte und Kinder übertragen.

4) <u>"Selbstkritik"</u>

In einem anderen Aufsatz wird die geleistete Arbeit nach einer Repräsentativbefragung der Freiberger Bevölkerung durch die Höhere Fachschule für Sozialarbeit Stuttgart reflektiert.[2]
Dort heißt es kokettierend:

> "Man kann - um mit Rudi Dutschke zu sprechen - Inhalt und Ziel der GWA unter dem Gesichtspunkt "Entwicklung bürgerschaftlicher Aktivitäten" darstellen in der Spannung zwischen Aufklärung und Aktion. Dabei bleibt gleich hier festzuhalten: Aufklärung ist eine halbe Sache, wenn wir der dadurch herausgeforderten Aktivität des Bürgers keinen Handlungsraum freihalten; Aktion aber ist nur sinnvoll, wenn ihr eine gründliche Klärung der Situation vorangeht" (S. 482f)

> "Wir verstehen unter "Aufklärung" vielmehr einen gemeinsamen "Lernprozeß" zwischen den gesellschaftlichen Funktionsträgern und der Bürgerschaft, in den beide Seiten ohne vorgefaßte Meinung hineingehen und miteinander das Für und Wider der vorhandenen Alternativen abwägen. Dabei geht es uns hier und heute vor allem um einen Lernprozeß zwischen Verwaltung und Bürgerschaft. Er soll einerseits dem Bürger das für unsere Demokratie so schädliche Gefühl nehmen, "die da oben machen mit uns was sie wollen" und andererseits der Verwaltung helfen, sachgerechte Entscheidungen zu treffen" (S. 483).

Zwar muß man den Autoren selbst einen "Lernprozeß" zugestehen - verschiedene Positionen in dem ersten Bericht wurden zurückgenommen -, doch ging dieser Lernprozeß nicht so weit, daß grundlegende Interessendivergenzen zwischen den "beteiligten Gruppen" anerkannt worden wären. Nach wie vor sollen sich alle anStelle einer echten Auseinandersetzung zu einem harmonisierenden Meinungsaustausch zusammenfinden...
Die Verwaltung solle weniger auf "Sachzwänge" verweisen, weil dies zu Apathie und Entmutigung bei den Bürgern führe, und stattdessen Verständnis für die Notwendigkeiten der Haushaltsplanung wecken, andererseits aber an kritischen Anmerkungen nicht vorbeigehen - so lautet jetzt die Empfehlung. Die Verwaltung solle den Bürgern auch zugestehen, daß sie eine echte Mitarbeit, sachliche Kritik und qualifizierte Mitbestimmung oft noch "lernen müssen" (S. 483f).
Statt einer schematischen Bereitstellung sozialer Einrichtungen sei eine Gelderverwendung nach dem Grundsatz der Projektorganisation sinnvoll (Mehrzweckhäuser; gemeinsame Einrichtungen der verschiedenen Organisationen bzw. Gruppen). Die Bürger sollten die Chance erhalten, bei der Festlegung von Projektprioritäten mitzubestimmen, weshalb in den Bebauungsplänen für Neubausiedlungen zukünftig bestimmte Freiräume bzw. Entscheidungslücken eingeplant werden sollten.
Die GWA müsse mehr Wert auf eine "vertiefte Bedürfnisanalyse legen, die das ganze Gemeinwesen repräsentativ erfasse und nicht nur die von den vorhandenen Organisationen und Verbänden repräsentierten Bürger. Die GWA müsse darum statt bloßer Information, Beratung und Koordination außerdem sog. "aktivierende Gespräche" vorsehen, um die Meinungs- und Willensbildung der Bürger zu verbessern. Eine verbesserte Willensbildung könne ihre organisatorische Form dann in sog. "ad hoc Gruppen" erhalten, i.e. Zusammenschlüssen von Bürgern zur Erörterung und Lösung bestimmter Probleme. Eine wichtige Voraussetzung für diese

Form der Willensbildung bestehe in einer verbesserten Erwachsenenbildung, auf die eine "aktivierende GWA" nicht verzichten könne. Die Vertreter der vorhandenen Organisationen dürften bei Bürgerinitiativen nur die Rolle von "Sachkundigen" übernehmen.
Gemeinderatswahlen oder eine Mitarbeit im "Bürgerverein" reichten zur politischen Artikulation der Bedürfnisse der Mitglieder des Gemeinwesens nicht aus. Die Parteien hätten hier eine wichtige Funktion, indem sie die Verbindung des Gemeinwesens zum Repräsentativsystem enger gestalteten. Dies könnten sie durch eine Mitarbeit in den ad-hoc-Gruppen (s.o.) und durch eine Beteiligung von Nicht-Parteimitgliedern an der Wahl der Bezirksbeiräte - die bisher eine reine Parteiangelegenheit sei - ermöglichen. In der Bürgerversammlung bzw. im Gemeinderat könnten die Parteien das in den ad-hoc-Gruppen bzw. an der 'Basis' Erörterte an die Verwaltung herantragen usw..

> "Es sollte aber gerade Aufgabe der GWA sein, durch eine Mitbestimmung im vorparlamentarischen Raum und die Übertragung dieser Willensbildung in die Vertretungskörperschaften zu erreichen, daß sich das Volk mit den Entscheidungen seiner politischen Führung identifiziert. Nur dann kann unsere parlamentarische Demokratie und freiheitlich-demokratische Grundordnung auch in Krisenzeiten Bestand haben..." (S. 487; Hervorh. von SPK).

Auch hier zeigt sich wieder, diesmal im Gewand verschiedener aus der frühen Studentenbewegung (bis 1967) übernommener "Demokratisierungsforderungen" die GWA als Stabilisationsfaktor des herrschenden Systems, dessen sog. "freiheitlich demokratische Grundordnung" längst zur Fassade geworden ist (abgesehen davon, daß die Begriffe schon immer im antisozialistischen Sinne gebraucht wurden). Wie der erste Bericht über die GWA in Freiberg typisch für eine politische Situation ist, in der die Legitimität und Autorität des herrschenden gesellschaftlichen Zustands noch nicht massiv infrage gestellt wird, so machen sich im zweiten Bericht schon einige Folgen der Studentenbewegung insofern bemerkbar, als überhaupt versucht wird, Demokratie - Postulate ansatzweise inhaltlich zu bestimmen.
(Aktueller Anlaß für die "Reflektion" der in Stuttgart - Freiberg betriebenen GWA war u. a. der von der Repräsentativerhebung dokumentierte überdurchschnittlich hohe Anteil von NPD-Wählern, der damals noch nicht als politisch opportun galt, bevor er von der CDU absorbiert werden konnte).
Für einige "Partizipations" - Vorschläge gilt deshalb das, was wir oben im allgemeinen Teil dieses Artikels festgestellt haben: sie können - als Forderungen der Betroffenen selbst gestellt - unter Umständen die Politisierung fördern, da sie notwendig enttäuscht werden, sobald herrschende Machtverhältnisse angetastet werden.
Das anhand des ersten Freiberg - Berichts über die Konfliktverschleierungs - Taktik der GWA Gesagte gilt jedoch auch für diese demokratisch verbrämte Form von GWA, solange sie eine mögliche objektive Interessengleichheit zwischen kapitalistischem Staat, oligarchischen "gesellschaftlichen Gruppen" und der Mehrheit der Bevölkerung unterstellt und auf eine Analyse der im sog. "Gemeinwesen" auftretenden sog. "Konflikte", die selbst nur Erscheinungen der Widersprüche des kapitalistischen Systems sind, verzichtet.

Anmerkungen:

1) Ursula Weismann - Gemeinwesenarbeit auf dem Freiberg, in: Soziale Arbeit, 17. Jg., 1968, H. 4, S. 167 - 174

2) U. Weismann / D. Rilling - Entwicklung bürgerschaftlicher Aktivitäten. Erfahrungsbericht aus der Gemeinwesenarbeit Freiberg - eine kritische Bewertung der dort angewandten Methoden unter obigem Gesichtspunkt, in: Soziale Arbeit, 18.Jg., H. 11, S. 482 - 488

SCHÜLERLADEN WERFTSTRASSE

Vor gut 2 Jahren nahm eine Studentengruppe - überwiegende Studienrichtung Sozialpädagogik - die Arbeit mit Kindern in einer kinderreichen Siedlung des sozialen Wohnungsbaus auf, " um die an den Hochschulen und Universitäten vermittelte Theorie zu überprüfen und mit den Erfahrungen aus der Praxis anzureichern".
Sie gründete den "Verein für praktische Pädagogik -Moabit e.V."
Knapp 2 Jahre lang, bis Jan. 72, arbeitete der Verein ohne finanzielle Unterstützung. Seitdem wird das zu beschreibende Projekt als Modell für das mit Beginn des Rechnungsjahres 72 als Auflagenbeschluß des Abgeordnetenhauses von der Senatsverwaltung für Familie, Jugend und Sport eingeleitete "Sonderprogramm für sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen im Rahmen der Förderung von Eltern-Kinder-Gruppen" vorläufig gefördert.

Nach dem Bericht zum Antrag auf finanzielle Förderung an den Senat besteht die wesentliche Aufgabe der Gruppe darin, "einen Teil der sozialen Bedürfnisse der Kinder und Eltern der Werftstraße zu erfüllen".
Man will keine caritative Arbeit leisten, sondern die Bedürfnisse aufgreifen, die sich aus der Abhängigkeit der Arbeiterklasse ergeben.

Betreut werden vormittags eine Vorschulgruppe, nachmittags 4 Schülergruppen (insgesamt ca 50 Kinder). Die Vorschulgruppe war ursprünglich nicht geplant, sie wurde auf dringenden Wunsch

der Eltern gegründet und wird auch von 2 Kindern von Gruppenbetreuern besucht. Die Anfangsschwierigkeiten, die sich daraus ergaben, konnten schnell überwunden werden. Alle anderen Kinder kommen aus Arbeiterfamilien.
Bis Jan. 72 trafen sich alle Gruppen regelmäßig zweimal die Woche.
Jetzt konnten zwei pädagogische Fachkräfte in Halbtagsstellung angestellt werden, von denen eine die Kleinkindergruppe übernommen hat, die nun jeden Vormittag zusammentrifft - seit Juli d.J. in einer neu gemieteten Ladenwohnung (drei Räume).

Bald nach Beginn der Arbeit der Studentengruppe hatte sich spontan eine Lehrlingsgruppe gebildet. Nach sechsmonatiger Zusammenarbeit mit den Jugendlichen sahen sich die Studenten jedoch gezwungen, aus zeitlichen und räumlichen Gründen (allen Gruppen standen bis Juli 72 lediglich zwei kleine Kellerräume zur Verfügung), die Gruppe wieder aufzulösen und die Kontakte auf einzelne Gespräche zu beschränken, obwohl die Notwendigkeit einer kontinuierlichen Arbeit gesehen wird. Hierfür wäre jedoch mindestens ein hauptamtlicher Sozialpädagoge nötig.

Die Arbeit mit den Schülergruppen müßte eigentlich auch Schularbeitshilfe umfassen, doch dies wird erst ab Herbst möglich sein(Anstellung einer Honorarkraft).
Nach Darstellung der Studentengruppe wird den Kindern die Möglichkeit gegeben, Aggressionen und Motorik in Bewegungs- u. Tobspielen abzureagieren. Konfliktlösung durch die Kinder selbst wird angestrebt und geübt.
Ausgesprochene Sprachschulung wird abgelehnt. Für wichtig wird gehalten, "daß die Kinder im Gespräch über die Schwierigkeiten der anderen ihre eigene Situation wiedererkennen und gemeinsame Lösungsmöglichkeiten finden".
Bei Kollektivarbeiten"wird zunächst von Vorschlägen der Kinder ausgegangen, deren Klischeehaftigkeit durch Angebote von unserer Seite aufgebrochen wird....Damit die Kinder eine größere Wahrnehmungsfähigkeit für ihre Umwelt erwerben, untersuchen wir mit ihnen Spielplätze und entwickeln gemeinsame Kriterien für die Beurteilung, untersuchen Stadtviertel und besuchen Behörden. Rollenspiele dienen der Aufarbeitung alltäglicher Konfliktsituationen. Wenn auch der Schwerpunkt auf der Arbeit in den Gruppen liegt, so wird die starre Trennung vermieden duch gemeinsame Exkursionen, Dampferfahrten, Museums-, Ausstellungs- und Theaterbesuche."

Einen Schwerpunkt der Arbeit bilden die Diskussionen mit den Eltern.
Es ist geplant, "die Eltern zunehmend in die eigentliche Erziehungsarbeit innerhalb der Projekte zu integrieren, um ihnen die stufenweise Selbstübernahme einzelner Arbeiten zu ermöglichen."

Die Studentengruppe betont: "solange die Vorbedingungen für eine ausreichende Übernahme der Verantwortlichkeit seitens der Eltern der Kinder nicht erfüllt sind, ist der Verein Träger der inhaltlichen und finanziellen Befugnisse."

Man hat sich deshalb so intensiv der Elternarbeit zugewandt, weil man erkannt hat, "daß sinnvolle pädagogische Arbeit nur dann geleistet werden kann, wenn - solange die sozialen Voraussetzungen nicht änderbar sind - die Eltern in den Erziehungsprozeß miteinbezogen werden."
Hingewiesen wird auf die Schwierigkeiten dieser Arbeit, bedingt u.a. durch die "Resignation gegenüber der Veränderbarkeit ihrer sozialen Situation und Angst vor Institutionen und Behörden. Zu übersehen sind auch nicht die Sprachbarrieren."
Diskussionen mit den Eltern - anfänglich zu Hause und in Kneipen - knüpfen meist an aktuellen und konkreten Problemen aus ihrem eigenen Lebens- u. Arbeitsbereich an.
Es ist durchaus so, daß sich die Eltern der Schwierigkeiten ihrer Kinder bewußt sind, sie sehen auch Zusammenhänge zwischen der Abhängigkeit im Arbeitsprozeß und ihrem Erziehungsverhalten. Ihre Bereitschaft, die starre Tradition von Erziehungsgewohnheiten zu durchbrechen, ist aber noch gering.

Die Studentengruppe unterstützte im Sommer 71 die Eltern bei mehreren Spielplatzaktionen. Schließlich wurde vom Bezirksamt ein Baugelände in der Nähe bis 1975 zur Verfügung gestellt, auf dem dann eine Kindertagesstätte entstehen soll.
Entgegen den Vorstellungen des Amtes konnte die Bürgerinitiative ihre Idee eines Bauspielplatzes durchsetzen.
Das Internationale Design Centre stellte 25.000,- DM bereit, innerhalb von sechs Wochen wollen die Studenten zus. mit den Eltern den Spielplatz fertigstellen. Sein Hauptanziehungspunkt wird eine neuartige Balkenkonstruktion sein, die schon jetzt von den Kindern des Schülerladens vielseitig genutzt wird.
Eltern u. Studenten stehen in Verhandlungen mit dem Bezirksamt, das ab Sept. d.J. eine Planstelle für die pädagogische Betreuung stellen soll.

Zur Zeit wird das Projekt "Schülerladen Werftstraße" vom Senat anderen Gruppen, die sich um Förderung im Rahmen des Sonderprogramms bemühen, als nachahmenswertes Modell vorgestellt und zugleich erklärt, daß daran gemessen eine Förderung für sie noch nicht in Frage kommt. Insofern dient das Projekt - gegen den Willen des Vereins - als Alibi für die insbesondere für Arbeiterkinder fehlenden finanziellen Mittel.

Das Projekt "Schülerladen Werftstraße" will sich nicht auf kompensatorische Erziehung (wie sie z.B. in reinen Schularbeitszirkeln betrieben wird) beschränken.
Hier steht im Vordergrund, daß die Kinder sinnlich erfahren sollen, daß es nicht ihr individuelles Versagen ist, die Schwierigkeiten, mit denen sie ständig konfrontiert sind, alleine nicht meistern zu können.
Sie werden wohl mit der Zeit begreifen, daß ihre ungünstige Ausgangssituation Ausdruck ihrer Klassenlage ist. Diese Erkenntnis ist die Voraussetzung dafür, dagegen angehen zu wollen.
Wenn die Eltern erkennen, daß ihre Arbeitssituation sich auf ihr Verhalten zu Hause auswirkt, dies wiederum ihre Kinder prägt, machen sie einen entscheidenden Lernprozeß durch, der sie hoffentlich fragen läßt, wem ihre Situation nützt.

München-Perlach

Der Stadtteil Neuperlach ist als "Entlastungsstadt" für die ständig anwachsende Münchener Bevölkerung geplant und gebaut. Zur Zeit wohnen dort ca. 22.000 Menschen. Ungefähr 30% sind jünger als 14 Jahre. Nach dem Plan der Münchener Verwaltung sollen 1980 ca. 80.000 Menschen dort leben. Das Verhältnis von Sozialwohnungen und freifinanzierten Wohnungen ist bisher etwa 60 : 40. Die Hauptverdiener sind zu ungefähr 40% als Arbeiter, zu 40% als Angestellte und Beamte, der Rest freiberuflich und in gehobener Stellung tätig. Das durchschnittliche Nettoeinkommen pro Haushalt liegt bei DM 1200 monatlich. Die Mieten belaufen sich auf DM 4,20 (Sozialwohnung) bis 6,50 DM (freifinanzierte Wohnung) pro qm. Der durchschnittliche Haushaltstyp ist die junge Familie mit 2 Kindern. Berufstätig sind 45% der Mütter von schulpflichtigen Kindern.[1)]

GWA im Stadtteil

Der Verein zur Förderung von GWA wurde nach längerer Vorbereitung im Mai 1970 gegründet. In ihm sind gegenwärtig folgende, in den Bereichen der Sozialarbeit, Volksbildung und Umweltgestaltung tätigen Organisationen als sogenannte Mitglieder zusammengeschlossen: die Arbeiterwohlfahrt, der Caritasverband, die Innere Mission, der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband, der Kreisjugendring, die Volkshochschule, der Deutsche Werkbund, das Münchener Bauforum, Studienzentrum für ev. Jugendarbeit Josefstal. Zu den fördernden Mitgliedern des Vereins zählt die Neue Heimat Bayern."[2)] Die Neue Heimat fördert den Verein für GWA, neben der Kommune München, hauptsächlich in finanzieller Hinsicht. Die anderen Mitglieder beschränken sich überwiegend auf ideelle Unterstützung mit Ausnahme einiger Spenden.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß man zu etwa 80% auf außenstehende Geldmittel angewiesen ist. Hieraus ergeben sich für die GWA große Schwierigkeiten. Die Höhe und der Zeitpunkt von Zuschüssen können nur zu einem geringen Teil vorherbestimmt werden. Hinzu kommt, daß durch die Organisation des Vereins die Leistungen ständig nachgewiesen werden müssen, bzw. Finanzierungsanträge müssen jeweils so verfaßt werden, daß man an die in den öffentlichen Haushaltsplänen vorgesehenen Mittel heran kommt. Durch die knappen Geldmittel wird die Personalplanung und die Teambildung ebenfalls erheblich erschwert. Die Mitarbeiter haben nur kurzfristige Arbeitsverträge, die erst dann verlängert werden können, wenn wieder Geld in Aussicht steht. Existenzsicherung der Mitarbeiter und längerfristige Projektarbeit sind durch diese Unsicherheiten ständig gefährdet.
Für das Modell-Perlach heißt dies, daß die erstrebte Unabhängigkeit, d.h. von einseitigen Trägerinteressen loszukommen, nicht erreicht wurde, da schon allein die Form der Finanzierung jegliche gesellschaftskritische Arbeit unmöglich macht. Jede nicht genehme Aktivität kann durch Rechenschaftsberichte kontrolliert und durch den Entzug von Geldmitteln abgeblockt werden.
"Organe des Vereins sind die Mitgliederversammlung, der Vorstand und die Arbeitsausschüsse. Die Entwicklung und die Aktivitäten des Vereins werden entscheidend beeinflußt durch die Verteilung der wesentlichen Zuständigkeiten und Funktionen auf diese drei Organe:

- Mitgliederversammlung
  Berufung des Vorstandes, Anerkennung des Finanzbedarfsplanes und Haushaltsplanes.
- Vorstand
  Einstellung des Geschäftsführers und der Mitarbeiter, Kontrolle ihrer Tätigkeit, Vorbereitung der Mitgliederversammlung.
- Arbeitsausschüsse
  Vertretung der jeweils örtlichen Basis der GWA. Beschlüsse über das jeweilige Arbeitsprogramm im Rahmen der vorhandenen Mittel und über die Tätigkeit des Geschäftsführers.

Abweichend von hierarchisch gegliederten Organisationen sind die wichtigen Entscheidungszuständigkeiten auf die drei Organe verteilt."[3)]

Die Realität sieht jedoch wiederum anders aus als das Konzept des Vereins. "In vielen Berei-

chen geschieht die Planung und Aufgabenlösung nach wie vor isoliert, wobei sich die Einzelinteressen der verschiedenen Träger und Institutionen durchsetzen. Ein Beispiel dafür ist das geplante "Bürgerhaus", für das angeblich kein Geld da ist; dafür soll jetzt eine Art 'kirchliches Bürgerhaus' entstehen.
Sogar der eigentliche Zweck des Vereins, Träger für GWA zu sein, wird dadurch infrage gestellt, daß die Caritas und die Innere Mission eigene Gemeinwesenarbeiter anstellen wollen, die mehr oder weniger neben dem Verein tätig sein sollen Schon daran zeigt sich, daß ein kooperatives, pluralistisches Konzept mit den Interessen der Einzelmitglieder nicht übereinstimmt." 4)
Da die Kooperation zwischen den einzelnen Ebenen des Vereins durch die verschiedenen Interessen der Träger sehr schwierig ist, dienen diese Gremien wohl überwiegend dem Informationsaustausch. Die konkrete Arbeit wird hauptsächlich in "Unterausschüssen" geleistet (Kinderarbeit, Jugendarbeit u.a.). Hier lassen sich evtl. in kleinen Schritten gemeinsame Lösungen erreichen.
Bisher kamen die Gemeinwesenarbeiter mit ihrer Praxis noch nicht in direkten Konflikt mit ihren Trägern. Die Tätigkeiten haben sich auch nur hauptsächlich auf den organisatorischen Aufbau des Vereins einerseits und auf Erhebung von Strukturdaten des Gemeinwesens andererseits beschränkt. Die Gemeinwesenarbeiter haben in München-Perlach eine riesige Entlastungsstadt mit den für eine kapitalistische Gesellschaft typischen Mängel an Nachsorgeeinrichtungen vorgefunden: so müssen 50% der Mütter mit Kindern unter 18 Jahren stundenweise oder ganztags arbeiten, dabei fehlten bei einer angestrebten 50%gen Versorgung im März 72 rund 400 Krippenplätze. 1982 werden ca 50% der schulpflichtigen Jugendlichen zwischen 10 und 15 Jahren von den mangelnden Schulplätzen betroffen sein.

Angesichts solcher Daten, (die Stadt München wird den GWarbeitern sehr dankbar sein, ihr den Aufwand der Erhebung abgenommen zu haben, falls die Daten nicht schon ohnehin bekannt waren) werden Bürger aktiviert, Elternbeiräte geworben, Protestversammlungen arrangiert und die GWarbeiter selbst stürzen sich mit Vehemenz auf die Suche nach Ausweichräumen für Jugendliche und Erwachsene, da das geplante Bürgerhaus zurückgestellt wurde.
Den GWarbeitern in Neuperlach geht es im großen und ganzen um eine Bürgerschaft, die fähig zur "demokratischen" Auseinandersetzung mit ihren Nachbarn und dem näheren Umfeld wird, und darum, im Reproduktionsbereich Freiräume zu schaffen. Diese Freiräume sollen den Erwachsenen und Jugendlichen als Übungsfeld für kreatives und demokratisches Verhalten dienen. Dabei haben die GWarbeiter die Hoffnung, daß der im Reproduktionsbereich an Demokratie gewöhnte Arbeiter nun auch im Produktionsbereich Mitbestimmung fordert.
In den bisher vom Verein herausgegebenen Informationen finden sich keine Äußerungen darüber, welche Hilfestellung die Sozialarbeiter den Arbeitern bei ihrer Auseinandersetzung mit den Arbeitgebern leisten wollen und sollen. In der Beschreibung der Praxis findet sich ebenfalls keine Aktion, die der Vorbereitung auf politische Arbeit im Produktionsbereich dient.

Allerdings sind die GWarbeiter bei ihren Recherchen über München-Perlach selbst auf folgende Erkenntnis gestoßen: "

"Mängel und Krisen der Versorgung, wie sie in Perlach auftraten und nach gegenwärtigen Entwicklungsprognosen auftreten werden, erschweren die Existenzverhältnisse besonders jener Grüppen, die ohnehin bereits in ihrer Situation am Arbeitsplatz und durch ihr relativ geringes pro Kopf Einkommen benachteiligt sind. Sicher darf die Situation in Neuperlach nicht isoliert betrachtet werden. In anderen Stadterweiterungsbereichen mit ähnlicher Zusammensetzung der Bevölkerung dürften vergleichbare Versorgungsprobleme auftreten. Auch muß betont werden, daß alle an der Planung Perlachs beteiligten Institutionen sich besonders bemüht haben, den Ausbau der Infrastruktureinrichtungen an die Entwicklung der Bevölkerung und dem daraus entstehenden Bedarf anzupassen. Daß dennoch die geschilderten Entwicklungsschwierigkeiten in Neuperlach auftraten, zeigt, daß die Bemühungen der planenden und vollziehenden Instanzen auch im günstigsten Fall von übergreifenden gesellschaftlichen Bedingungen begrenzt sind, die von dem häufig zitierten Gegensatz öffentlicher Armut und privaten Reichtums einer nur kleinen Schicht gekennzeichnet sind und die eine ausreichende Bereitstellung der gerade für die am härtesten arbeitende Bevölkerung notwendigen Güter verhindern") 5

Angesichts dieser Erkenntnis kann man nur noch über den Optimismus staunen, mit dem geglaubt wird, unter diesen Herrschaftsverhältnissen sei durch Mobilmachung einiger Eltern z.B. eine demokratische Schule zu erreichen.
Beim Projekt Schulkatastrophe wird es schon offen gesagt: In der Konzeption heißt es: "Es sollte nicht das oberste Ziel der Schule sein, Wissen für ein ganzes Leben aufzuhäufen und das vollkommene Beherrschen von zum Teil unsinnigen Rechtschreiberegeln.... Vielmehr entscheidet die Fähigkeit zu sozialem Verhalten, zu demokratischem Zusammenleben, zu freier Meinungsäußerung....Deshalb fordern wir als wich-

tigstes Ziel eine Erziehung zur Demokratie, eine Maxime, die eine Verbesserung der äußeren Umstände des Unterrichts genauso einschließt wie Vorschulerziehung, Chancengleichheit, Abbau jeglicher Diskriminierung durch Leistungsgruppen Noten und Strafsysteme.)6

Was für Schulen schon offen gefordert wird, ist im Bereich der Freizeitgestaltung noch in der Planung und nur als zu erreichendes Ziel in den Köpfen der GWarbeiter. So nehmen die Diskussionen und Planungen über die Gestaltung des Bürgerhauses und eines Spielplatzes einen großen Teil der Arbeitszeit in Anspruch. Form und Gestaltung der Räume des Bürgerhauses und ein Musikraum mit Stereo-Kopfhörern zur Befriedigung passiver Bedürfnisse sollen die Jugendlichen zu Creativität und Kommunikation befähigen. So soll das Bedürfnis geweckt werden, das gleich Gefühl der Unabhängigkeit, der Selbstständigkeit, kurz die "demokratische Luft" auch am Arbeitsplatz zu atmen. Womit dann die Verbindungslinie zum Produktionsbereich gezogen wäre.
Es stimmt zweifelsohne, daß unsere Jugendheime und Bürgerhäuser nicht so sind, wie sie eigentlich sein sollten, aber bessere Bürgerhäuser sind nicht die Vorraussetzung zu einer Veränderung der Verhältnisse, sondern die Konsequenz. Und wenn sich das Bedürfnis der Jugendlichen und Lehrlinge nicht in einer günstigeren Pausenregelung erschöpfen soll, ist es notwendig, Informationen über die Produktionsverhältnisse zu liefern und die Vorraussetzungen aufzuzeigen, unter denen Selbstbestimmung der Produktion erst möglich wird.

In den Informationsblättern der GWarbeiter finden sich eine Reihe Aussagen, die auf eine kritische Auseinandersetzung mit dem kapitalistischen System schließen lassen. Es mag sein, daß die GWarbeiter subversiv arbeiten müssen, um nicht den Arbeitsplatz zu verlieren. Doch läßt sich dem Material auch nicht die geringste Strategievorstellung entnehmen, wann und in welcher Form die Arbeit Früchte tragen soll. Und solange für die GWarbeiter in völlig undifferenzierter Auswahl alles Zielgruppe ist, was Bedürfnisse anmeldet, deren Erfüllung nur mal wieder den Bewohnern das Gefühl vermittelt: "Dabeisein ist alles!", wird sich auch keine Strategie zum politischen Kampf entwickeln lassen.

)1 Informationen zur GemeinwesenarbeitII HRSG: Verein zur Förderung von GWA in München
)2 Tätigkeitsbericht der GWarbeiter in der Zeit von Okt.7o-Sept.71
)3 Tätigkeitsbericht a.a.O.
)4 Informationsblatt, von den GWarbeitern anläßlicheiner Tagung der Gilde Soziale Arbeit 1972 herausgegeben.
)5 Information zur GWAII a.a.O.
)6 Information zur GWA II a.a.O.

MVZ - zwischen Kampfblatt und Bürgerzeitung

Eine Analyse von Stadtteilzeitungen, Einschätzung ihrer Möglichkeiten und Grenzen steht noch aus. Sicher nicht zuletzt aus dem Grunde, weil ein geringer Teil der besonders in der Zeit der intensiveren Aktivitäten von Studenten in Wohnvierteln, sowohl in Westdeutschland als auch in West-Berlin, zahlreich herausgegebenen Blätter die politischen Diskussionen, die Resignation und die ständige finanzielle Mangelsituation überstand.
Wir können diese Analyse hier im Zusammenhang der Diskussionen praktischer Beispiele von Bürgerinitiativen nicht leisten. Nur soviel ist zu sagen:
Daß Bewohner eines Wohnviertels sich zusammenschließen und gemeinsam versuchen, einen Weg zur Verbesserung ihrer Lage im Reproduktionsbereich zu finden, läßt auf - im Gegensatz zum Großteil der Bevölkerung - gestiegenes Bewußtsein für gemeinsame Notlagen und Interessen schließen. Einen weiteren Schritt auf diesem Wege bedeutet jedoch die Erkenntnis, daß Aktionen im Stadtviertel - selbst wenn sie vordergründig verschiedenen Inhalt haben - in einen Zusammenhang gebracht werden müssen und nur so verhindert werden kann, daß beispielsweise "erfolgreiche" Initiativen die Bürger zu der Überzeugung bringen, es sei alles in bester Ordnung.
Die Einsicht, daß im Grunde bei der derzeitigen Isoliertheit der Bewohner nur eine Zeitung eine zusammenhängende Einschätzung der Probleme und Ereignisse im Wohnviertel bringen kann, ist die eine Triebfeder für ihre Herstellung, das Bewußtsein, von bestehenden Medien falsch, ungenau oder gar nicht informiert zu werden, eine weitere.
Setzen diese Einsicht und dieses Bewußtsein eine über primäre individuelle Bedürfnisse hinausgehende Sichtweite voraus, so noch vielmehr die Bereitschaft, an der Realisierung eines solchen Projektes praktisch mitzuarbeiten, ganz besonders, wenn es sich um werktätige Bewohner handelt.

Daß der gute Wille, eine Zeitung zu machen, nun nicht notwendigerweise ihre zukünftige emanzipatorische Wirkung garantiert, liegt ganz besonders daran, daß hier Möglichkeiten der Einflußnahme und des Mißbrauchs seitens Gruppierungen besteht, die im Grunde die Durchsetzung eigner Interessen gegen diejenigen der Bevölkerung im Auge haben.

So sollte man sich bei der Einschätzung einer Stadtteilzeitung vor allem fragen:

- wer macht die Zeitung?
- welche Probleme greift sie auf?
- wie werden Ereignisse des täglichen Lebens beurteilt?
- mit welchem Anspruch tritt die Zeitung an die Öffentlichkeit?

Im Folgenden stellt ein Arbeiter, der seit Gründung der MVZ - eine seit 3 Jahren relativ konstant erscheinende Stadtteilzeitung - aktiv im Redaktionskollektiv mitgearbeitet hat, die Entwicklung und den gegenwärtigen Stand der Zeitung selbst dar:

Im Juni 1969 wurde die MVZ (Märkische-Viertel-Zeitung) als Forschungsprojekt der PH von Studenten im MV ins Leben gerufen.
Die meisten Mitarbeiter waren bürgerliche Bewohner des MV (Beamte, Angestellte des Senats usw.), die sich schon gesellschaftspolitisch engagiert hatten und die ersten Bürgerinitiativgruppen initiiert hatten (Forum e.V., Verein zur Förderung des Abenteuerspielplatzes). Außerdem waren sie mehrheitlich Funktionäre in der SPD.
Der restliche Teil der Mitarbeiter waren Studenten von außerhalb des MV mit ausgeprägten sozialistischen und kommunistischen Ansprüchen von verschiedener Couleur, wie sie die Studentengruppen an den Hochschulen damals aufwiesen.
Neben der MVZ hatte sich ein Arbeitskreis Mieten und Wohnen gebildet, der zum größten Teil von denselben Leuten besetzt war.
Beklagte man in der MVZ tropfende Wasserhähne und fehlende Ampelanlagen, diskutierte der Arbeitskreis Mieten und Wohnen gesellschaftspolitische Probleme. Hier kamen auch immer mehr Bewohner aus der arbeitenden Bevölkerung hinzu, hauptsächlich solche, die von Exmittierungen bedroht waren. Ein kleiner Teil sah in der MVZ die Möglichkeit, mit ihren Problemen an die Öffentlichkeit zu gehen.
Offene Kritik an der Senatspolitik sowie Differenzen über taktisches Vorgehen bei Aktionen führte dazu, daß die SPD-Typen aus dem Redaktionskollektiv ausstiegen.

Erste Aktionen wurden unternommen (zur 10.000 sten Wohnung, Hallenbesetzung, Verhinderung von Exmittierungen). Jetzt wurde von seiten der Administration offen gegen die MVZ zu Felde gezogen (Beschlagnahme der MVZ, Kündigung der Räume und des Schaukastens im Zentrum, Anklage gegen die MVZ-Redakteure usw.).
Die durch die Studenten beherrschte Redaktion veränderte nun das Gesicht der MVZ grundlegend. Aus der Stadtteilzeitung wurde ein Kampfblatt gegen Imperialismus und Kapitalismus (langatmige Beiträge über China, Vietnam, verbale Essays über AEG, Bosch usw.).

Bildungsgefälle zwischen werktätigen Mitarbeitern und Studenten auf der einen Seite, marxistische Schulung und wachsendes Selbstbewußtsein auf der anderen Seite führte zu immer größeren Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit.

Ende 1971, nach tagelangen politischen und organisatorischen internen Diskussionen, vollzog sich der Bruch der Koalition.
Die Studenten zogen sich zurück. Ein Teil gründete eine "Neue MVZ", der Rest der Redaktion machte weiter. Die MVZ wurde liberaler und stadtteilbezogener, ohne ihren sozialistischen Charakter aufzugeben.

Im Herbst des vergangenen Jahres wurde bei einer Wohnungsbaugesellschaft im Märkischen Viertel die Miete drastisch erhöht (1,--DM/m^2) und außerdem noch eine Nachzahlung für 1 1/2 zurückliegende Jahre gefordert. Das führte zu einem Sturm des Protests, der darin gipfelte, daß ca 600 von 821 betroffenen Mietern zu einer Protestversammlung zusammenkamen, auf der Vertreter des Senats, des Bezirksamts, der Wohnungsbaukreditanstalt und der Wohnungsbaugesellschaft geladen waren.
Neben Mäkeleien über tropfende Wasserhähne, undichte Fenster oder klemmende Türen wurden aber auch ganz handfeste politische Fragen aus der Menge den Typen an den Kopf geworfen.
Man brachte ganz klar zum Ausdruck, daß von Seiten des Senats zugesprochene Mietsubventionen ja ebenfalls Gelder - nämlich Steuergelder - der arbeitenden Bevölkerung seien und man nicht gewillt sei, den Kapitalisten immer mehr in den Rachen zu schmeißen.
Zu Tumulten kam es, als der Vertreter der Wohnungsbaugesellschaft das Plenum fragte, ob sie nicht auch alle eine Aktie hätten. Darum müßten sie doch eigentlich verstehen, daß Aktienbesitzer schließlich ein Recht darauf hätten, Geld darauf zu bekommen.

Nach meiner subjektiven Meinung (als Mitarbeiter der MVZ) sehe ich in der Reaktion der betroffenen Mieter eine Form der Emanzipation, zu der das 2 1/2 jährige Erscheinen der MVZ im Märkischen Viertel nicht unwesentlich beigetragen hat. Aber auch weitere Aktionen, die eindeutig unter der "Fahne" der MVZ durchgeführt wurden, fanden bei einer nicht geringen Zahl der Bevölkerung zumindest Sympathien (z.B. Veranstaltungen zur Wahl, zum 1. Mai, Verhinderungen von Exmittierungen, Unterstützung der Forderungen von Eltern-Kinder-Gruppen).
Den großen "Sprung nach vorn" haben die Mitglieder des Redaktionskollektivs gemacht.

Heute besteht das Stammkollektiv aus: 6 Arbeitern 1 Verkäuferin, 1 Hausfrau, 1 Lehrer, 1 Pfarrer, 1 Filmemacher und 2 Sozialarbeitern.
Aufgrund der heutigen Zusammensetzung haben wir natürlich Schwierigkeiten mit der Herstellung der Zeitung. Sie erscheint heute nicht mehr alle 4 Wochen, da wir alle arbeiten und zeitliche Mammutsitzungen nicht mehr durchführen können. Auch hat sich, wie schon oben erwähnt, das inhaltliche Bild der Zeitung stark gewandelt.
Die MVZ ist heute wieder stadtteilbezogener und liberaler, was bei der Bevölkerung positiv aufgenommen worden ist, wie Gespräche beim Verkauf zeigen. Auch können wir in der September-Ausgabe wieder bezahlte Werbeanzeigen vorweisen, die ja für eine Verbesserung der Qualität nicht ohne Gewicht sind."

Nachzutragen bleibt:
Am Beispiel der MVZ wurde ganz besonders deutlich, wo die Grenzen der Möglichkeiten für staatlich angestellte Sozialarbeiter, Bürgerinitiativen zu unterstützen, liegen.
Nicht nur daß die MVZ seit Jahren keine Räume mehr vom Bezirksamt für öffentliche Redaktionssitzungen zur Verfügung gestellt bekommt, z.Zt. wird sie vorwiegend in der Wohnung eines der Mitarbeiter hergestellt, den Sozialarbeitern wurde es vom Bezirksamt Reinickendorf schon sehr bald untersagt, in irgendeiner Weise an der MVZ mitzuarbeiten, ja selbst engerer Kontakt zu bekannten MVZ-Mitarbeitern hatte Mißtrauensäußerungen Vorgesetzter zur Folge.

BESPRECHUNG

"DIE MITARBEIT, Stiftung für staatsbürgerliche Mitverantwortung", hat uns eine Dokumentation über Bürgerinitiativen in Westfalen geschickt und um unsere "freundliche Beachtung" gebeten. Dieser Bitte sind wir gerne gefolgt.
Nachstehend möchten wir unsere Leser mit zwei "Projekten" bekanntmachen.

1) "Bürgerinitiative Lärmschutz Nienberge

Schallwellen zertrümmern Fensterscheiben.... Einige Dutzend Familien, die in einer kleinen Gemeinde des Münsterlandes gebaut haben, mußten sich mit einer nahen Trassenführung der Autobahn 'Hansalinie' abfinden. ...
Nach der Freigabe der Strecke überspülte die Lärmwelle den Wohnbereich, brach in die Mittags- und Sonntagsruhe der Familien ein, riß Kinder und Erwachsene aus dem Schlaf und machte sie reizbar und unausstehlich.
Es mußte etwas geschehen - es ist etwas geschehen!

Am 1. Oktober wurde in der Flachlandgemeinde ein 'Bergfest' gefeiert. Entlang der Autobahn ist ein Bergrücken, 800 m lang, 20 m hoch und 100 m breit, entstanden."

Die Autoren berichten, daß dies ein Ergebnis der Bürgerinitiative "Lärmschutz Nienberg e.V." bestehend aus 57 Mitgliedern-ist.
Mit Einlagen zwischen 250 und 750,-- DM bildeten die Mitglieder ein Grundkapital.
Mit Zuschüssen von Gemeinde und Bund verfügten sie bald über 40.000,-- DM.
Mit Unterstützung einer Baufirmengemeinschaft wurde der Damm errichtet.

"Die Stiftung DIE MITARBEIT veranlaßt das Aufstellen einer Ruhebank mit einem Messingschild: 'Den Bürgern von Nienberge in Würdigung ihrer Initiative zum Bau des Lärmschutzwalls.'

2) "Basisarbeit in einem sozialen Brennpunkt Bottrops

Bottrop- eine Stadt wie manche andere - im Revier zwischen Hamm und Duisburg. Das Zechensterben griff auch hier um sich, und 3.500 Mitarbeiter...mußten zusehen, wie die Tore ihrer Schachtanlage geschlossen und ihre Pütt ausgeschlachtet wurde. ... Die Stadt hat, ebenso wie jede andere, ihre Außenseiter, die fast Abgeschriebenen... . Randsiedler der Wohlstandsgesellschaft, die - in der überwiegenden Zahl schuldlos - ins 'Abseits' geraten sind. Das 'Abseits' nennt man heute 'sozialen Brennpunkt', weil, wie in unserem Falle, 150 Familien mit fast 900 Menschen in Doppelstockbauten mit je 10 Zeizimmereinheiten auf etwa 25 qm Wohnfläche leben. Die Verwaltung tut einiges,... ihre Mittel aber sind begrenzt.
Ein junger Mann von 23 Jahren greift ein in den Kreislauf von Ausgestoßensein und Sichabsondern, von Einzelschicksal und Familiennot, von Trostlosigkeit und Scheinsolidarität. Er greift ein mit unbekümmertem Elan und einer gehörigen Portion Menschenliebe, ohne Scheu vor Dienststellen und 'hohen Tieren'. Er erreicht, daß das Ordnungsamt ihm mittendrin zwei nebeneinanderliegende sogenannte Schlichtwohnungen zur Verfügung stellt und daß nach manchen unvorhergesehenen Schwierigkeiten ein 'Jugendzentrum' im September 71 eingeweiht werden kann. ...
In seinem mitreißenden Optimismus ist der junge Mann fest davon überzeugt, daß er die Menschen findet, die dem Arbeitskreis 'Sozialer Brennpunkt' zu helfen bereit sind.
Übrigens: Der junge Mann hat den Mut gehabt, vor kurzem seinen einkömmlichen Beruf als Elektriker aufzugeben, da ihm diese Tätigkeit nicht mehr genügend Zeit für die Arbeit am

und mit Menschen ließ. Er bereitet sich jetzt in Essen auf den Beruf eines Heimerziehers vor. ...
Die Stiftung DIE MITARBEIT stellte dem Initiator einen Betrag zu seinen nicht unerheblichen Unkosten zur Verfügung, die ihm durch die Anfahrt zum sozialen Brennpunkt in Bottrop tagtäglich entstehen."

Die idealisierten Darstellungen der Projekte in dieser "Dokumentation" lassen mangels Detailinformationen eine vertiefte Auseinandersetzung mit den einzelnen Arbeitsinhalten kaum zu.
Die Höhe der Beträge und die Form, in der"Die Mitarbeit" sie den Projekten zukommen läßt, sind eine, wenn auch großartige satirische Randerscheinung.
Was jedoch wesentlich ist und der Bewußtwerdung bedarf, ist ein zunehmender Trend, Bürgerinitiativen - von ihrer Entstehung und Zielsetzung her potenziell fortschrittlich - dem kapitalistischen System nutzbar zu machen.
Auf diese Gefahr ist in verschiedenen Veröffentlichungen hingewiesen worden.

Am Beispiel der MITARBEIT läßt sich feststellen, daß die vor Jahren noch durchgängige Ablehnung von Bürgerinitiativen durch die Kapitaleigner und ihren Staat, vertreten durch Länder- und Kommunaladministration, heute weitgehend einer Haltung im oben beschriebenen Sinne gewichen ist.

Um Forderungen nach Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel zu begegnen, wird beschränkte Mitsprache in den Reproduktionssektor abgeleitet.
Diesem Ziel dient auch die hier besprochene "Dokumentation". Dabei ist nicht nur die personelle Zusammensetzung des Stiftungsrates beachtenswert, dem neben Mitgliedern der amtierenden Bundesregierung, des Bundestages auch Vertreter des Großkapitals, ein General a.D. , Regierungsdirektoren und Staatssekretäre angehören, sondern die Aussagen, die zur Nachahmung im Sinne dieser Werbeschrift getroffen werden.

Da taucht der alte Pioniergeist auf: "nicht immer nach den Institutionen rufen, sondern selbst handeln! " Es erscheint der junge Mann, der mit "unbekümmertem Elan" (gemeint ist wohl: ohne Kenntnis gesellschaftlicher Zusammenhänge) in einer Obdachlosensiedlung "eingreift".

Es soll nicht nach den Ursachen von Disparitäten gefragt, sondern "guten Herzens" gehandelt werden, denn: "Die bescheidenste konkrete Aufgabe zu verwirklichen, ist sinnvoller als abstrakte Konzeptionen, die bloß auf dem Papier stehen" Und etwas weiter unten stößt das Vorwort in der MITARBEIT-Dokumentation zum "ewig Menschlichen" vor: "Wie groß oder klein das Erreichte auch ist, wie verschieden Status und Konto der daran beteiligten auch sein mögen,... eines ist ihnen gemeinsam: sie mußten Hindernisse aus dem Weg räumen, Helfer und Verbündete suchen, Fähigkeiten zur Kooperation entwickeln, in sich selbst schöpferische Kräfte entfalten und nicht zuletzt die Freude entdecken, ein Ziel zu erreichen, das über das eigene Aus- und Fortkommen hinausgeht".

Diese "Dokumentation", der noch weitere folgen sollen, gehört in jede Ausbildungsstätte, in der man sich kritisch mit der Funktion von Sozialarbeit und ihren Methoden auseinandersetzen will.

Zu beziehen ist dieses Heft von der Stiftung für staatsbürgerliche Mitverantwortung DIE MITARBEIT, 5628 Heiligenhaus, Am Vogelsang 18 .

LESERZUSCHRIFT

Die evangelische Kirchengemeinde in Berlin-L. stellte für ein Neubaugebiet (ca 8000 Einw.) eine Sozialarbeiterin ein, die sich 1 3/4 Jahr lang dort in Gemeinwesenarbeit versuchte.
3 Projekte sollen hierbei näher beleuchtet werden:

I) Aufbau einer Eltern-Kinder-Gruppe
II) Bürgerinitiative zur Durchsetzung eines Abenteuerspielplatzes
III) Aufbau einer bezirklichen Initiativgruppe Eltern geistig behinderter Kinder

zu I)
Anfang 1970 gehörte es sozusagen zu den Standardaufgaben einer GWA, eine Eltern-Kinder-Gruppe zu initiieren.
Da es bis Mitte 71 im Neubaugebiet keine Kita gab und die beiden kirchlichen Kinderspielkreise bei weitem nicht ausreichten, genügte ein Anstoß, um interessierte Eltern zusammenzubringen.
Auf der 1. Elternversammlung im Mai 70 waren Eltern von etwa 14 Kindern anwesend. Überwiegend gehörten sie dem gehobenen Mittelstand an (Ärzte, Architekten, Lehrer usw.). Doch hatten sich auch Eltern eingefunden, die gerade noch dem Mittelstand zugerechnet werden konnten und deren Bildungsstand sich deutlich von dem der anderen abhob.
Es bestand anfänglich die Hoffnung, durch die Eltern mit geringem Einkommen unter die vom Senator für Familie, Jugend und Sport für die finanzielle Förderung vorgeschriebene Gesamt-Einkommensgrenze zu fallen. Als nach tel. Auskunft der Senatsstelle diese Grenze immer noch

überschritten war, erlosch sichtlich das Interesse, sich mit den Eltern der niedrigeren Bildungsschicht auseinanderzusetzen.

Eine Diskussion über den Ende Juni vorgeführten Fernsehfilm "Erziehung zum Ungehorsam" zeigte deutlich, daß gerade die einkommens- und bildungsschwächeren Eltern sich über die Auswirkungen ihres Erziehungsstils überhaupt nicht im klaren waren. Selbstverständlich gelang es ihnen nicht abrupt, ihre starre Erziehungstradition kritisch zu durchdenken und sich zur Änderung derselben zu entschließen.
Dies jedoch wurde von den anderen Eltern verlangt, die die kleine ihr rhetorisch weit unterlegene Gruppe in Grund und Boden diskutierten, ohne überhaupt den Versuch zu machen, auf deren Voraussetzungen einzugehen.
Über die Frage der Sexualerziehung kam es dann zum Bruch und nach der Sommerpause waren die die dem gehobenen Mittelstand angehörenden Eltern unter sich.

Die GWA hatte damals noch die Hoffnung, eine 2. Eltern-Kinder-Gruppe aufbauen zu können, die sich homogen aus Eltern, die gerade noch der Mittelschicht zugerechnet werden können, bestehen sollte. Deshalb riet sie der schon bestehenden Elterninitiative nicht, trotz negativem tel. Bescheid der Senatsverwaltung einen Antrag auf finanzielle Förderung zu stellen, da die Senatsmittel damals noch weit geringer waren als heute und noch weniger Gruppen unterstützt werden konnten.
Der sich "Eltern-Kinder-Spielkreis L." nennenden Elterngruppe wurde vom Bezirksamt in einem Jugendheim ein großer Raum mit Gartenbenutzung mietefrei zur Verfügung gestellt. Sie stellte von sich aus den Antrag auf finanzielle Förderung beim Senat und beschäftigte ab Nov. 70 bis zum überraschend positiven Bescheid (seit Jan. 71 monatl. Zuschuß von DM 200,--) auf eigene Kosten eine Kindergärtnerin.
Die aufzubringenden Beiträge waren und sind immer noch so hoch, daß Kinder aus einkommensschwächeren Schichten gar nicht in Frage kommen.

Der Eltern-Kinder-Spielkreis besteht immer noch. Nach wie vor setzt er sich homogen aus der gehobenen Mittelschicht zusammen.
Als pädagogische Fachkräfte werden aus Kostengründen nur junge unverheiratete kinderlose Kräfte angestellt.
Grundtendenz der Eltern ist, ihren Kindern durch die vorschulische Förderung gute Startchancen zu geben.

Hinzuweisen wäre noch darauf, daß die Eltern natürlich die Mode mitmachen, verbal auf die Notwendigkeit der finanziellen Förderung der unterprivilegierten Schichten hinzuweisen, jedoch nur solange, wie hierdurch die eigene Mittelzuwendung nicht beschnitten wird(vergl. versteckte Distanzierung der im Zentralrat zusammengeschlossenen Eltern-Kinder-Gruppen vom Sonderprogramm für sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen.)

zu II)

Beim Projekt Abenteuerspielplatz (ASP) griff die GWA einen 1969 von Bürgern der Mittelschicht gestarteten, doch schließlich im Sa verlaufenen Vorstoß zur Durchsetzung eines binson-Spielplatzes auf.
Unterschriften wurden gesammelt, ein ASP-Fach mann überzeugte die Eltern davon, daß Robinson-Spielplätze die Kreativität der Kinder einengen.
Zum 2. Mal wurde die SPD-Fraktion angesprochen und sagte auf einer Elternversammlung ihre Unterstützung des Projektes eines ASP zu(wie schon einmal 1969).
Als die GWA dann 1/4 Jahr mit innergemeindlichen Aufgaben beschäftigt war, verlor sich das Interesse sehr schnell.
Mit Mühe und Not konnten, als die Abt. Jugend und Sport des Bezirksamts (der CDU-Stadtrat wollte der SPD zuvorkommen) innerhalb von 6 Tagen ein Grobkonzept der Eltern für die Gestaltung des ASP anforderte, einige ASP-Interessenten zusammengetrommelt werden.
Das gewünschte Konzept wurde zwar abgeliefert, doch stellten die Eltern fest, daß sie zu wenig über ASPs wußten. Eine Mutter nahm deshalb an einem kurz darauf stattfindenden mehrtägigen Seminar über ASPs teil.
Frau R. engagierte sich für die Idee des ASP so, daß sie sich durch Überzeugungsarbeit sehr am Aufbau einer arbeitsfähigen Bürgerinitiative beteiligte.
Sie gewann 3 Väter dafür, nach Diskussionen mit der ansonsten noch inaktiven Gruppe ein überarbeitetes Konzept mit detaillierter fachmännischer Bauzeichnung vorzulegen.
Die Bezirksverordnetenversammlung beschloß die Annahme dieses Konzepts. Alle Parteien waren grundsätzlich gewillt, ein Prestige-Objekt zu schaffen. In mehreren Raten sollen insges fast 500.000 DM bereitgestellt werden.
Die erste Rate wurde für Anf. 72 in Aussicht gestellt.

Vom Bezirksamt angeregt, wurde im Herbst 71 unter Vorsitz von Frau R. ein Verein gegründet, der lt. Satzung die Kinder- und Jugendarbeit im Neubaugebiet fördern will, insbesondere die Verantwortung für den ASP mittragen wird.

Frau R. war auf dem o.g. Seminar zur Erkenntnis gelangt, daß sich die verschiedenen Berliner ASP-Projekte gegenseitig stützen müssen, doch konnte sie sich in diesem Punkt auch mit Unterstützung der GWA nicht durchsetzen, da die anderen Vereinsmitglieder fürchteten, ein Enga-

-ement für noch nicht finanziell abgesicherte Projekte könnte das im großen ganzen gute Einvernehmen mit dem Bezirksamt beeinträchtigen. -rst als andere Mitglieder an einem 2. Seminar -ber ASPs teilnahmen und ihnen dort Zweifel -n der Richtigkeit ihrer bisherigen Einstellung -ufkamen, wählte der Verein einen mittleren -urs: Mitgliedschaft im Dachverband der Berliner -SPs, doch dort Einnahme einer abwartenden Haltung.

-urch den Erfolg ihrer Initiative - der Platz -ird Mitte Okt. 72 eröffnet werden - ist der -erein zur Ansicht gelangt, daß man, sofern -an es nur wirklich wolle und man die richtigen -ege einschlage, zum Erfolg kommt.

-ies, obwohl man weiß, daß eine Elterngruppe -es zum selben Bezirk gehörenden angrenzenden -rtsteils ebenfalls für ihre Kinder einen -SP fordert - allerdings vergeblich, denn sie -atte das Pech, ihre Forderungen nach denen des -.g. Vereins gestellt zu haben und die Bezirkskassen sind nun leer.

-u III)

-m Febr. 71 trat der Vater eines durch die Pockenschutzimpfung geistig behinderten Kindes -n die GWA mit der Frage heran, wie man einen Zusammenschluß von Eltern behinderter Kinder zur Durchsetzung der Errichtung einer Sonderkindertagesstätte im Bezirk erreichen könne. -r brachte gleich eine Liste mit Adressen mit, -ie er anläßlich einer Weihnachtsbescherung für geistig behinderte Kinder durch das Bezirksamt gesammelt hatte.
Diese Eltern wurden angeschrieben, 12 erschienen, um zus. ein Schreiben ans Bezirksamt zu formulieren.
-ine 2. Elternversammlung Anf. März stellte -urch Pressevertreter schon Öffentlichkeit her, -ie 40 erschienenen Eltern beschlossen, die verantwortlichen Politiker selbst zu befragen. -nde März fand eine heftige Diskussion zwischen -0 Eltern geistig behinderter Kinder und den Stadträten für Jugend u. Sport, für Volksbildung sowie den Vertretern aller 3 Parteien statt. -ie relativ große Anzahl betroffener Eltern konnte nur erreicht werden, weil die Sozialarbeiter -er Behindertenfürsorge, für die Solidarisierung -it ihren Klienten keine Phrase ist, der GWA als -ußerbehördlicher Person Zutritt zur Kartei gewährt hatten.

-er Leidensdruck dieser Eltern, die tagtäglich ihre schwer geschädigten Kinder beaufsichtigen -üssen - mit dem Wissen, daß sich der Zustand -ie ändern wird und der Angst und traurigen Gewißheit, daß das Schicksal ihrer Kinder nach -em Tod meist schon eines Elternteils das eines "medikamentös ruhiggestellten", dumpf vor sich hin lebenden Heimkindes ist.- ist so stark, daß sie nicht mit Phrasen und leeren Versprechungen abzuspeisen sind.
So drückte eine Mutter aus, was die anderen Eltern bekräftigten: "wir demonstrieren mit unseren behinderten Kinder vor dem Rathaus und machen Rabbatz, bis etwas geschieht."

Die Versammlung war mit Zahlenmaterial so gut vorbereitet worden, daß die Politiker erklären mußten, sie hätten hier Versäumtes und nicht Erkanntes schnell nachzuholen.

Als im April ein Mitglied der sich nach dieser Elternversammlung vergrößerten Elterninitiative einen Bauherrn ausfindig machte, der im Bezirk eine Etage für Kindergruppen zu vermieten suchte, konnten - nicht zuletzt durch die zahlreichen Presseberichte - weder der Finanzsenator, noch das Bezirksamt einen Rückzieher machen, und man sagte die Mietung und Einrichtung der 6 Räume als Kindertagesstätte für geistig behinderte Kinder zu.
Auf Druck der Eltern konnten auch relativ schnell Fach- und Hilfskräfte gefunden, die Kita am 1.9. in Betrieb und am 20.10.71 offiziell eröffnet werden.

Zur Zeit bemüht sich die Initiativgruppe, die inzwischen einen Verein gegründet hat, um den Gemeinnützigkeitsstatus und damit leichter Spenden erhalten zu können, um die Errichtung eines Spielplatzes für die Sonderkindertagesstätte.
Weitere Ziele sind verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und die Verbesserung der Schulsituation der geistig behinderten Kinder.

Inzwischen haben sich in anderen Berliner Bezirken zwei ähnliche Initiativgruppen gebildet. Zu der einen besteht nur loser, zur anderen sehr intensiver Kontakt. Man unterstützt sich gegenseitig in seinen Erfahrungen und Forderungen.

Das alles klingt erfreulich positiv und nachahmenswert, doch muß ganz klar gesehen werden, daß auch diese Eltern durch ihre - im großen Rahmen gesehen - kleinen Erfolge (die aber für sie lebenswichtig sind) zur Ansicht gelangt sind, durch Bürgerinitiativen sei mit der Zeit alles machbar.
Nicht gesehen wird, daß diese Kinder für die herrschende Klasse uninteressant sind, denn sie werden für den Arbeitsprozeß nie brauchbar, nie Profit-Lieferer sein.
Folglich werden auch nicht genug finanzielle Mittel da sein für gut ausgestattete Sonderkindertagesstätten, -heime und -schulen, für Jugendwerkheime und menschenwürdige Arbeitsstätten für erwachsene geistig behinderte Menschen.

Ferner ist zu bemerken, daß die Eltern von gei-

stig behinderten Kindern in der Regel so stark mit ihren Problemen konfrontiert sind, daß sie andere diskriminierte Gruppen nicht sehen. So konnte es z.B. geschehen, daß dem Gründer der Elterninitiative kaum widersprochen wurde, als er auf einer Gruppensitzung forderte, die Bundesregierung solle jegliche Entwicklungshilfe - auch Akut-Programme wie die für vom Verhungern bedrohte Katastrophen- u. Kriegsopfer - einstellen, damit diese Gelder für geistig Behinderte frei würden.

Im Sinne der GWA-Theorie kann hier durchaus von erfolgreicher Arbeit gesprochen werden.

Doch konnte vom Anspruch der Gemeinwesenarbeiterin her ein wesentliches Kriterium - einen Bewußtseinsprozeß darüber einzuleiten, daß soziale Mißstände zwangsläufiges Ergebnis unserer Gesellschaftsordnung sind - nicht einmal ansatzweise erfüllt werden.
Das genaue Gegenteil ist eingetreten:
durch ihren Erfolg sind die an den verschiedenen Initiativen beteiligten Bürger zur Ansicht gelangt, daß dieser letzten Endes eine Frage des "gewußt wie", des Engagements und Durchsetzungsvermögens sowie der Beharrlichkeit ist.
D.h., entgegen der Absicht der Gemeinwesenarbeiterin hat sich die Anschauung durchgesetzt, daß alle Probleme mit einigem guten Willen von allen Seiten innerhalb des Systems lösbar sind.

Muß man nun hieraus die Konsequenz ziehen, daß Projekte solcher Art nicht von Gemeinwesenarbeitern angeregt und unterstützt werden sollten?

Solch eine Schlußfolgerung wäre sicher falsch, denn Bewußtseinsprozesse können nur an konkreten Bedürfnissen ansetzen.

Allerdings ist solch ein Bewußtwerdungsprozeß nur schwer von einem vereinzelt arbeitenden Gemeinwesenarbeiter zu leisten, zumal wenn er nicht politisch organisiert ist und Strategien nicht mit anderen zusammen entwickeln und ständig überprüfen kann.
Eine erfolgreiche Arbeit im Sinne von Bewußtseinsveränderung kann wohl auch nur in Zusammenarbeit mit anderen politischen Gruppen im Stadtteil geleistet werden.

ANZEIGE

Das Nachbarschaftsheim Mittelhof Berlin e.V. sucht ab sofort oder später zwei Sozialarbeiter(innen) oder Mitarbeiter mit ähnlicher Ausbildung, die im Bereich der Gemeinwesenarbeit tätig sein wollen.
Wir wollen aktiv in die kommunale und regionale Politik eingreifen, indem wir die von dieser Politik Betroffenen aktivieren.
Ruft uns an! Tel: 84 14 13

Die sogenannten Sachzwänge

Der Konflikt

Hier wird ein Konflikt zwischen Verwaltung und einer Bürgerinitiative beschrieben, der vermutlich nicht untypisch ist.

Ein Neubauviertel, in diesem Fall das Falkenhagener Feld in Berlin-Spandau, wurde geplant und verwirklicht, ohne daß die Stadtplanung imstande war, rechtzeitig und ausreichend für sogenannte Wohnfolgeeinrichtungen zu sorgen (Schulen, Kindergärten, Spielplätze, Grün- und Erholungsflächen, Kommunikationsstätten usw.)

Darüberhinaus war die Stadt- und Sozialplanung weder imstande, für die Großraumsiedlung mit ca. 12000 Wohnungen eine überdurchschnittlich hohe Kinderzahl vorauszusehen noch einen Unsicherheitsfaktor in der Weise einzukalkulieren, daß man wenigstens gewisse Baulandreserven für eventuelle Zusatzbauten vorsah.

Unter dem Druck der kritischen Öffentlichkeit und der Schulelternschaft des FF wurde die Fehlplanung dann seit 1969 auch öffentlich zugegeben.
Als die Elternschaft der völlig überfüllten Grundschule Im Beerwinkel, ca. 45 Kinder in einer Klasse, 1971 eine Protestdemonstration beschlossen hatte, wurde vom Bezirksamt der Bau der überfälligen 4.Grundschule versprochen - für 1973.
Als Standorte waren bekannt:

a) das derzeitige Polizeiübungsgelände nördlich der Wasserwerk- und Pionierstraße
b) das derzeitig als Kohlenlagerplatz von den Briten genutzte Industriegelände an der Frankenwaldstraße
c) ein nicht näher bezeichneter Standort westlich der Stadtrandstraße.

Am 11. April 1972 gab der Spandauer Baustadtrat Bühl in der Bauausschußsitzung des Bezirksamtes Spandau intern bekannt, daß die neue Schule auf dem kaum fertiggestellten Großspielplatz (Kosten ca. DM 860 000.-) an der Wasserwerkstraße - dem größten zusammenhängenden Spielplatzgelände Berlins - gebaut wird.
Die Gründe dafür waren einfach:

Die Standorte Polizeiübungsgelände und Kohlenplatz wurden von den zuständigen Senatoren für Inneres und Wirtschaft, Senator Neubauer und Seantor Dr. König, nicht freigegeben. (Polizeigelände ist wichtiger als Spielplatz)

Die Bürgerinitiative informierte daraufhin am 13.4. die Presse.

Wichtiger als die Darstellung der bloßen Ereignisse ist aber die Darstellung der Verhaltensmuster der am Konflikt beteiligten Verwaltungen und Parteigremien. Unter anderem bekamen wir es im Verlauf des Konfliktes mit Praktiken und Taktiken zu tun, auf die wir nicht immer vorbereitet waren. Wir zeigen sie auf, damit man sich bei künftigen Konflikten darauf einstellen kann.

Kompetenzkonflikte

Nach der Version des Bezirksamtes Spandau ist man vom Senat "angewiesen" worden, die Schule auf dem Spielplatz zu bauen, die anderen Standorte seien "abgelehnt" worden. Man verweist und wartet auf die "endgültige Entscheidung des Senats", "der Senat hat eine schwere Entscheidung zu treffen" etc.
Demgegenüber Senatssprecher: Es sei - "unter uns gesagt" - ein Skandal, daß der Bezirk (Spandau) nicht imstande gewesen sei, einen Schulstandort zu reservieren. Die Entscheidung liege klar beim Bezirksamt Spandau.
Abschließender Senatsbescheid vom 8.5.72 an die Bürgerinitiative: "Eine Entscheidung hat der Senat nicht getroffen und auch nicht treffen können, weil er hierfür keine Kompetenz besitzt, Zuständig für die Entscheidung über die Standortfrage bleiben insbesondere die bezirklichen Dienststellen unter Beteiligung des Senators für Bau- und Wohnungswesen."
Wobei auch diese Stellungnahme wiederum alle Möglichkeiten offenläßt, beliebig lange die Verantwortung hin und her zu schieben.

Eine Woche nach Bekanntwerden des Planes, die Schule auf den Spielplatz zu bauen, hatte die Bürgerinitiative zu einem Hearing eingeladen,auf dem Vertreter des Senats, des Bezirksamtes Spandau und der Parteien ihre Argumente darlegen sollten. Weder kamen sie selbst, noch kamen Vertreter. Grundsätzlich hat sich das im Laufe des Konfliktes immer wiederholt: die Verantwortlichen haben sich der öffentlichen Diskussion niemals gestellt - bis dahin, daß ein Stadtrat zu einem mit der Bürgerinitiative vereinbarten Termin nicht erschien. Eine von den Abgeordneten angekündigte Informationsveranstaltung des Bezirksamtes hat nie stattgefunden. Keines der in dieser Sache von den Bürgern an Spandauer Verwaltungen und Parteigremien gerichteten Schreiben ist je beantwortet worden.
Die einzigen öffentlichen Äußerungen der Verantwortlichen waren schriftlicher Art: ein von Schulstadtrat Blödorn verfaßtes, statt seiner aber von einem SPD-Mitglied unterzeichnetes Flugblatt; eine "Amtliche Bekanntmachung" des Bezirksamtes, die als Postwurfsendung - aus Steuermitteln - im FF zugestellt wurde; sowie ein Brief der Abgeordneten G.Fechner, der auf dem gleichen Wege - aus Steuermitteln - an die Bevölkerung ging.

Es gehört mit zur Strategie des Bezirksamtes, daß es die betroffenen Bürger und Gruppen vor die scheinbare Alternative stellte: entweder wird die Schule auf dem Spielplatz gebaut - oder sie kann erst Jahre später bzw. gar nicht gebaut werden. Da die Notwendigkeit des Schulbaus außer Diskussion steht, sahen viele, die dem Ziel der Erhaltung des gesamten Spielplatzes voll zustimmen, sich durch solche"Erpressung" zur Handlungsunfähigkeit verurteilt. Mit dem genannten Argument gelang es dem Bezirksamt Zug um Zug, die verschiedensten Gremien (Jugendwohlfahrtsausschuß, Schulausschuß, Elternausschußvertreter) zur Zustimmung für ihr Vorhaben zu gewinnen, bis schließlich die Bezirksverordnetenversammlung beschließen konnte, was längst beschlossene Sache war.

Verweigerung von Informationen

Trotz ständig betonter "Bürgernähe" und Auskunftsbereitschaft war die Verwaltung einschließlich der von uns gewählten Mandatsträger keinesfalls bereit, vorhandenes "Herrschaftswissen" bzw. ihren immensen Informationsvorsprung preiszugeben. Stets wird nur bruchstückhaft und einseitig informiert. Sobald die geforderten Informationen ggf. belegen könnten, daß die Verwaltung und/oder Politiker ihr Mandat nicht erfüllt haben bzw. die Rechte der Bürger vernachlässigt haben, werden solche Informationen verweigert, zugleich aber die solche Informationen Fordernden aufgefordert, sich"doch erst einmal zu informieren".

Vereinzelung und Diffamierung

Nicht neu war uns der taktische Versuch der Gegenseite, die Mitarbeiter der Gruppe zu vereinzeln und gegeneinander auszuspielen. Das geschah oft in erstaunlich plumper Weise. Wo neue Mitglieder der Bürgerinitiative im Gruppenauftrag aktiv wurden, versuchte man, sie als selbständige, jedenfalls diesmal ernstzunehmende Bürgervertreter gegen den "irregeleiteten" Rest der Gruppe aufzubauen. Wo das Gespräch mit der Bürgerinitiative insgesamt längst abgebrochen war, versuchten noch immer Parteienvertreter, die sich sonst dem öffentlichen Gespräch versagten, in Einzelgesprächen neue Gruppenmitglieder zur Abkehr von der Gruppe zu bewegen. Auch Angebote wurden gemacht. Das endete erst, wenn die Angesprochenen unmißverständlich ihre Solidarität mit der Gesamtgruppe bekundeten.

Diffamiert wurden wir seit langem, auch in diesem Konflikt wieder. Der Katalog der pauschalen Disqualifizierungen unserer Gruppe umfaßt die Vorwür-

fe des fehlenden Sachverstandes, der mangelnden Kenntnis des politischen Lebens, der Selbstüberschätzung, der Unsachlichkeit, des fehlenden Mandats, der Verfangenheit in massiven Vorurteilen gegen Parteien und Verwaltung.

Die das Spandauer Bezirksamt tragenden Parteien sehen aber durch die Bürgerinitiative einen Angriff auf ihr Mandat, auf ihre fiskalische Macht, auf ihr politisches Prestige und auf ihre alleinige Kompetenz. Die Bezirksamtspraxis zeigt uns immer wieder, daß die Kommunalpolitiker die öffentliche Kritik nicht ertragen, dem politischen Gespräch mit dem Bürger ausweichen, dem Bürger fehlende Sachkenntnis unterstellen, egoistische Interessen unterschieben, ferner sich einzig und allein als gewählte Volksvertreter für die Wahrnehmung der öffentlichen Interessen kompetent betrachten.

Wir werden aber weiter für die Erhaltung des Spielplatzes und den Bau der erforderlichen Schule kämpfen.

AUSSAGEVERWEIGERUNGSRECHT ZWISCHENBERICHT:

Am 12.Juli 1972 fand vom AKS-Berlin,die angekündigte Veranstaltung zur Forderung nach einem Aussageverweigerungsrecht für Sozialpädagogen statt. Die Veranstaltung wurde von ca. 150 Sozialarbeitern und Sozialpädagogen besucht.Von den Anwesenden ist bei 3 Stimmenthaltungen und 4 Gegenstimmen folgende Resolution verabschiedet worden.

> Der Sozialpädagoge ist aufgrund des Anstellungsverhältnisses Funktionsträger der Verwaltung. Sein Auftrag lautet: Kontrolle und Disziplinierung der Klienten.
> Demgegenüber steht sein berufliches Selbstverständnis: Anwalt des Klienten zu sein,ihm bei der Durchsetzung seiner Forderungen gegenüber den Institutionen zu helfen.
> Durch den umfangreichen Katalog von Disziplinierungsmöglichkeiten werden wir gezwungen, gegen unser Selbstverständnis zu handeln und uns eindeutig auf die Seite der Institutionen des Staates zu stellen.
> Die Verpflichtung zur Zeugenaussage stellt in diesem Zusammenhang nur die Zuspitzung täglicher Arbeitspraxis dar. Denn Vermerke,Berichte,Stellungnahmen sind permanente Aussagen über Klienten,deren Verwendung - auch zu ihrem Nachteil - für sie nicht kontrollierbar ist.
> Der Schutz des Klienteninteresses ist eine wesentliche Voraussetzung für eine Sozialpädagogik emanzipatorischen und solidarischen Handelns.
> Deshalb fordern auch wir das Aussageverweigerungsrecht für Heimerzieher,Kindergärtnerinnen, Lehrer,Sozialarbeiter,Vormünder und andere im Sozialisationsbereich Tätige mit der gesetzlichen Verankerung in der Zivil-und der Strafprozeßordnung.
> Ein Konkreter Fall der Disziplinierung eines Sozialarbeiters ist im Zusammenhang mit der Arbeit im Georg von Rauch-Haus im Bezirksamt Kreuzberg passiert:
> Gegen den Sozialarbeiter Manfred Rabatsch ist eine disziplinarische Voruntersuchung eingeleitet worden,weil er sich konsequent weigerte, über die Jugendlichen Aussagen zu machen und weil er im Zuge der Erteilung der Aussagegenehmigung durch das Bezirksamt sich an Aktionen beteiligt hat,die die Zurücknahme der Aussagegenehmigung fordern.
> Wir verlangen in diesem Zusammenhang die sofortige Einstellung der Ermittlungen gegen Manfred Rabatsch.

Diese Resolution wurde an folgende Institutionengesandt: Senator für Inneres Berlin,Senator für Familie Jugend und Sport Berlin,Innenausschuß des Berliner Abgeordnetenhauses,Bezirksamt Kreuzberg von Berlin,Gewerkschaften ÖTV und GEW,Rechtsausschuß des Bundestages und an die Deutsche Presseagentur.
Von den aufgeführten Institutionen hat bisher nur der Rechtsausschuß des Bundestages mit einem Brief an den AKS-Berlin reagiert. Der Brief ist u.E. so inhaltslos,das es nicht notwendig ist,diesen abzudrucken.
In diesem Zusammenhang wurde vom AKS-Berlin in Verbindung mit einigen anderen Gruppen eine Unterschriften durchgeführt.Die Aktion ergab 250 Unterschriften.Die Kampagne für das Aussageverweigerungsrecht wird von uns weitergeführt. In den nächsten Zeitungen werden wir darüber berichten.

HEIMMISERE gelöst!!

In Zehlendorf ordnete der Stadtrat für Jugend und Sport während der großen Ferien an,daß alle Kinder der 3städt.Heime in Zehlendorf, die das 15.Lebensjahr vollendet haben,bis zum 30.9.72 untergebracht werden müssen (anderweitig denn "Kinderheime sind keine Jugendwohnheime". So bekamen die einzelnen Heimabteilungen der anderen Bezirksämter,über die diese inzwischen überalterten Kinder eingewiesen worden waren, die Aufforderung,den (die) Jugendliche(n) x bis 30.9. aus dem Heim zu verlegen.Ursprünglich sollte der Termin der 1.9.72 sein.
Die Kinder,die nichts ahnend aus den Ferien kamen,sollten gleich weiter wandern.
Auch für Heimleiter und Erzieher soll diese strikte Anordnung mehr oder weniger überraschend gekommen sein.In einem Heim sind 9 von insges. 35 Kindern davon betroffen.Die Heimleiter sollten ihre Zöglinge,die z.T.weiterführende Schulen besuchen,keine Alternative der Unterkunft und im Heim und dessen Umgebung ihren Lebensmittelpunkt - ein Stück Zuhause - gefunden haben,ohne Vorbereitung an die Luft setzen.
Für die 15 und 16jährigen Heimkinder heißt das:Wechsel aller Bezugspersonen in Heim und Schule ,Anpaßung an die andere Heimstruktur (Wohnheim),Anpaßung an die fremde Umgebung etc.

ie Fafü Zehlendorf soll daraufhin ein Gespräch
t dem Stadtrat gefordert haben. Obwohl kaum
lendorfer Kinder von dieser Anordnung
roffen waren, löste diese Verfügung unter
n Sozialarbeitern große Beunruhigung aus.
ch vielen Bedenken erklärte sich der Stadt=
t schließlich zu einem Gespräch mit den
ozialarbeitern Anfang August bereit. Die
eimleiter jedoch sollten nicht anwesend sein.
as sollen Argumente des Stadtrats, wie z.B.:

-Entweder kommen die Kinder oder die Jugend=lichen in einem gemeinsamen Heim zu kurz.
(kann, muß aber nicht sein)

-Erzieher, die schlecht oder gar nicht ausge=bildet sind, können der Problematik der Jugen lichen nicht gerecht werden.
(Wie sieht die Ausbildung der Erzieher in Jugendwohnheimen aus?)

-Bei Heimen mit alters-und geschlechtsgemisch-ten Gruppen: sie ersetzen doch keine Familie, und auch dort werden meist die älteren Kinder überfordert.
(Frage: Was bieten wir den Familien zur Pro=blematik der Geschwisterreihe?)

-Wir können nicht Jugendliche aus dem Kinder=heim ins Leben entlassen.
(wohin denn?)

-Es ist diskriminierend für Jugendliche, das Kinderheim als ihre Adresse anzugeben.
(Wir fragen: ist es weniger diskriminierend, aus einem Jugendwohnheim zu kommen?)

-Kinder sollten nie länger als 2 Jahre im Heim sein. Es geht nicht an, daß Kinder 8 Jah=re und länger in einem Heim sind.
(sehr richtig; wenn aber keine Familie da ist, ist es dann nicht besser, dem Kind weiteren Heimwechsel zu ersparen?)

Frage: Was hat der Stadtrat dazu getan, die Situation in den 3 städt. Heimen zu verbessern? Angeblich hat er sich um eine große Wohnung für eine Wohngemeinschaft im Bezirk -als Nach=folgeeinrichtung für die Zöglinge der Heime - bemüht und keinen Erfolg gehabt.
Seit längerem wird ein Konzept für eine Wohn=gemeinschaft von Erziehern der 3 Heime mit dem Heimerzieherseminar der PH erarbeitet. Diese Gruppe hat beim Bezirksamt einen Vorstoß um Mittel gemacht. Und wie es der Zufall will: die Haushaltsforderungen des Jugendamtes waren gerade 2 Tage vor diesem Termin abgeschlossen worden und es konnte nichts mehr aufgenommen werden. Das sind die Bemühungen der Jugendamts=spitze! Aber etwas muß geschehen -vielleicht hatten sich Jugendliche gerade schlecht benom=men (eine Heimleiterin geohrfeigt?) und so wird eine Anordnung erlassen, die das Problem lösen soll. Denn sollte nicht eine Heimabteilung in der Lage sein, für 1-2 Jugendliche binnen 4 Wo=chen irgendwo - vielleicht auch in Westdeutsch land - einen Heimplatz zu finden?
Dies ist wieder das typische Beispiel dafür, wie versucht wird, der Konfrontation mit der verheerenden Heimsituation zu entgehen. So gibt es nämlich nur "Einzelfälle"!

Es muß dazu noch gesagt werden, daß Kinder und Jugendliche, die in der Heimgemeinschaft nicht tragbar sind, ohnehin verlegt werden, und die, die heraus wollen und eine Alternative zum Heimleben haben, können es schon lange. Die be=troffenen Jugendlichen aber wollen bleiben.
Übrigens, der Stadtrat versteht nun diese Aktion nur als Provokation gegen die anderen Bezirke, die sich auch mal den Kopf zerbrechen sollen. Er hat halt nur gespaßt und als Stadtrat darf man das!
Die Situation der Zehlendorfer Kinderheime läßt durchaus zu wünschen übrig. Aber sollen gerade die Schwächsten der Gesellschaft, die bereits benachteiligt sind, auch noch die Zeche bezahlen?
Hoffen wir, daß man dem Stadtrat glauben kann, wenn er sagt, daß kein Jugendlicher gegen sei=nen Willen in ein anderes Heim versetzt wird!

ANZEIGE

Evangelisches Zentrum BBR, Haus der Mitte
1 Berlin 47, Lippschitzallee 50 Tel. 603 40 21:

Wir suchen für den Bereich Erwachsenen-arbeit eine Sozialarbeiterin oder einen Sozi-alarbeiter.
Wir sind ein Team von Theologen, Kindergärt-nerinnen und Sozialarbeitern, die im Evange-lischen Zentrum zusammen mit den beiden ande-ren evangelischen Gemeinden der Gropiusstadt versuchen, eine Arbeit aufzubauen, die daran orientiert ist, sich mit den besonderen Pro-blemen einer Neubausiedlung auseinanderzu-setzen und davon ausgeht, daß Lösungsversu-che nur mit den Bürgern dieser Siedlung zu-sammen unternommen werden können.
Wir bieten ein relativ freies und selbst-ständiges Arbeiten.
Bezahlung nach BAT und die Möglichkeit der zu-sätzlichen Altersversorgung.
Bewerbungen bitten wir in der üblichen Form an die o.g. Adresse zu senden.

impressum:

Verantwortlich für den Inhalt:

Redaktionskollektiv Rolf Landwehr

Anschrift der Redaktion:

Sozialpädagogische Korrespondenz

1 Berlin 41, Wielandstr. 26

Tel. 0311 / 85 11 142

Druck: D. Bartning, 1 Berlin 41, Ahornstr. 23

UNKOSTENBEITRÄGE UND SPENDEN

bitte einzahlen auf das Postscheckkonto

K. H. Kube - Sonderkonto -

PSchA Berlin W - 34 20 08

Bitte nur Zahlkarten, keine Postanweisungen verwenden.